Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 18 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband **nicht** versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Zeitzer Straße 30 IV, Volkshaus, Aufgang B oder C Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 10 Mark. **Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen.** Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 44 — Sonnabend, den 4. November 1922 — 26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten", in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

*

Gesperrt:

In **Jena** (Grabsteingeschäft von Ebert & Beyer). Platz Riemer in **Nordhausen.** Werkplatz Hofmann in **Friedberg.** In **Merseburg** sämtliche Werkplätze und Grabsteingeschäfte. Firma Riger & Seil in **Neustift** (Niederbay.). In **Weißenstadt** Firma Neupert & Schörner. Firma Bergmann. Firma Bruchner. Firma Gäsch-Söhne in **Stettin.**

Streik:

In **Olsdorf** b. Hamburg (Grabsteingeschäfte). In **Dramburg** i. Pommern.

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von **Wulsdorf, Geestemünde** und **Lehe.** Von **Frankfurt** a. Oder. Von **Roth** b. Nürnberg. Von **Neusalza-Spremberg** (Betrieb Schilgen). Von **Essen** (Marmorarbeiter und Steinmetzen). Von **Stettin.** Von **Liegnitz** (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born).

Erledigte Bewegungen:

Süplingen. Der Streik ist beendet.

Bayrischer Wald. Die Aussperrung der Unternehmer infolge eines örtlichen Streiks hat mit einem Erfolg der Kollegen ihren Abschluß gefunden.

Reichslohntarif für die Granitschleifereien. Die Teuerungszulagen für Akkord- und Zeitlohnarbeiter erhöhen sich ab 26. bzw. 27. Oktober auf 6500 Prozent, ab 2. bzw. 3. November auf 7500 Prozent und ab 16. bzw. 17. November auf 8500 Prozent.

Lernt vom Unternehmer!

Jawohl, lernt vom Unternehmer! Das muß man jenen Arbeitern immer wieder zurufen, die oft allzuleicht geneigt sind, ihre politische Anschauung mit dem Gewerkschaftsproblem zu verquicken und aus der so gewonnenen Erkenntnis heraus die Gewerkschaft als etwas Unvollkommenes und vielfach Lästiges und Ueberflüssiges zu betrachten. Was? Vom Unternehmer lernen, von unserem wirtschaftlichen Gegner? Von Leuten, die kultur- und fortschrittsfeindlich sind? Jawohl, auch von ihnen sollst du lernen. Nicht ihre politische Anschauung sollst du in dich aufnehmen. Einst waren ja unsere aufsteigenden Industrieherren liberal und verkörperten gegenüber dem eingefleischten konservativen Agrariertum den bürgerlichen Fortschritt; heute neigen sie immer mehr dem rechtsradikalen Flügel zu und bekennen sich zum Rückschrittlertum — also von ihrer politischen Auffassung kann kein Arbeiter profitieren. Aber die Art, wie sie ihre Gewerkschaftsorganisation behandeln — davon kann mancher Arbeiter viel lernen und daran ein Beispiel nehmen, es seinen wirtschaftlichen Gegnern gleichzutun.

Was ist bei aller Kraft zugleich unsere Schwäche? Daß wir viele sind. Das klingt absurd, denn täglich wird gepredigt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen ihrer Gewerkschaft angehören müssen. Ganz recht, und das ist für heute und bleibt für alle Zeiten ein Haupterfordernis. Die Schwäche der Vielen gegenüber der verhältnismäßig kleinen Anzahl Mitglieder der Unternehmerorganisation liegt ganz naturgemäß darin, daß der notwendig größere Apparat schwerer lenkbar, schwerer zur Einheitsanschauung zu bringen ist als die weniger große Anzahl der Unternehmer, die noch dazu durch die einstmals bekundete Vorsicht in der Auswahl ihrer Eltern über eine anerzogene bessere Schulbildung verfügen und durch die so erzeugte schnellere Auffassungsgabe euch gegenüber im Vorteil sind. Daher kommt es, daß die Arbeitergewerkschaft vielfach schwerfälliger sich bewegt als die Unternehmergewerkschaft.

Davon haben wir zu lernen. Wir haben uns bereits mehr und mehr angewöhnt, unter Einhaltung der notwendigen demokratischen Formeln in den Gewerkschaften Ausschüsse für alle notwendigen Gewerkschaftsarbeiten zu schaffen, die wichtige Entscheidungen schneller herbeizuführen geeignet sind. Vor allem in der heute so schnellebigen Zeit sind solche mit größeren Vollmachten versehene Ausschüsse eine unbedingte Notwendigkeit. Dadurch nähern wir unsere schnellere Entschluß- und Schlagkraft der des organisierten Unternehmertums.

Aber auch in anderer Weise haben wir von den Unternehmern zu lernen. Ihre Organisation ist vollkommen einheitlich, sobald es sich um das Gebiet der Arbeiterpolitik handelt. Hier gibt es keinerlei Abweichung vom Grundprinzip. Wieder religiöse noch politische oder gar kulturelle Abweichungen sind bei der Unternehmerorganisation wahrnehmbar, der ganze Organisationsapparat ist einheitlich auf die Vertretung rein wirtschaftlicher Interessen eingestellt. Das ist der große Vorteil dieser Organisation. Gewiß ist er damit einseitig und wir wollen keinen Augenblick bedauern, daß unsere Arbeitergewerkschaften außer wirtschaftlichen auch kulturellen Interessen dienen, daß sie zugleich auch die Träger der geistigen Interessen der Mitglieder sind. Was wir bedauern, das ist der leidige Umstand, daß die Arbeiterschaft, obwohl in wirtschaftlicher Hinsicht von gleichen Interessen erfüllt, sich dennoch in eine Reihe Gewerkschafts„richtungen" spaltet und vielfach anderen als reingewerkschaftlichen und kulturellen Zwecken dient.

Politisch- und kirchlichinteressierte bürgerliche Kreise haben es seinerzeit meisterhaft verstanden, die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung mit Erfolg zu stören. So gründete man christliche Gewerkschaften, um auch auf gewerkschaftlichem Gebiete den politischen Einfluß der damaligen Zentrumspartei auf gewisse Volksmassen nicht einzubüßen, man redete den Arbeitern vor, daß sie mit den „religionsfeindlichen, roten Gewerkschaften" nicht am gleichen Strange ziehen dürften, beide „Richtungen" trenne die „andere" Weltanschauung. Das sagt man heute auch noch, obwohl des Reiches Kanzler ein Zentrumsmann und der Vizekanzler ein Sozialdemokrat ist. Was eben in der „hohen Politik" als angewandt erscheint, ist trotz alledem Gift und Hölle für die Gewerkschaftsbewegung. Aus leicht faßlichen Gründen! Denn jede politische Richtung bedarf eines realen Stützpunktes in der Arbeiter- und Angestelltenschaft und deshalb zieht man „sachliche" Gründe an den Haaren herbei, um die Gewerkschaftszersplitterung zu „rechtfertigen". Aus gleichem Grunde gibt es Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften als Stützpunkt für die liberalen Parteien, und „deutschnationale" Gewerkschaften für die Ludendorff- und Hergtpartei. Alle diese Gewerkschaftsrichtungen geben trotzdem aber nicht zu, neben gewerkschaftlichen auch politischen Zwecken zu dienen, obwohl jede politische Wahl oder Handlung dies zur Evidenz erweist. Im Gegenteil: Sie nennen sich politisch neutral, drehen den Spieß um und beschuldigen die freien Gewerkschaften als im Schlepptau der Sozialdemokratie befindlich. Dies ist natürlich nur bedingt richtig. Wir geben gern zu, daß die freien Gewerkschaften in der Sozialdemokratie diejenige Partei erblicken, die ihre gewerkschaftlichen Interessen in energischster Weise zu stützen sucht, was von allen anderen politischen Parteien nicht behauptet werden kann. Hier ist also die lose Verbindung noch am ehesten verständlich, denn es liegen bei beiden in reingewerkschaftlicher Hinsicht einander deckende Begriffe vor. Man kann nach allen Erfahrungen getrost behaupten, daß die bürgerlichen politischen Parteien die ihrer politischen Richtung zuneigenden Gewerkschaften als Stützpunkt für ihre politischen und kirchlichen Zwecke benutzen, während umgekehrt die freien Gewerkschaften die politische und soziale Stellungnahme der Sozialdemokratie benutzen, um gewerkschaftlich bessere Erfolge durchzusetzen.

Doch wir weichen zu weit vom eigentlichen Thema ab. Wir stellen fest, daß die Unternehmerorganisationen in allen Gewerkschaftsfragen einheitlich und geschlossen dastehen, während die Arbeiterschaft zerklüftet ist. Neuerdings sind auch linksradikale „Richtungen" eifrig am Werke, diese Zerklüftung zu verstärken. Die Kommunistische Partei hat in der Gewerkschaftsbewegung noch keine wesentlichen Stützpunkte und sucht diese auf Kosten der bisherigen Einheitlichkeit der freien Gewerkschaftsbewegung zu erweitern. Auch hier das gleiche Schauspiel wie bei den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, bei allen dreien ist der politische Untergrund unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Bestrebungen unverkennbar. Jede weitere Zerreißung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeutet aber deren Schwächung, sie wirkt um so verhängnisvoller, wenn diese Zerreißung sich auch noch innerhalb der freien Gewrkschaften vollziehen würde. Darum merkt's euch, ihr Arbeiter: Viel steht für eure freien Gewerkschaften auf dem Spiele. Einig seid ihr alles, zerrissen seid ihr machtlos. Darum lernt von den Unternehmergewerkschaften! Dort fragt keiner nach dem speziellen politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis des anderen, diese Fragen schalten in der Unternehmergewerkschaft völlig aus. Nur die wirtschaftlichen Fragen sind dort richtunggebend, sie allein schweißen die Unternehmer zusammen zur einheitlich handelnden Körperschaft!

So muß es auch in den Arbeitergewerkschaften sein. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen hungern und frieren in gleicher Weise, alle streben in gleicher Weise nach mehr Licht und Luft, nach größerem Lebensglück und höherem Menschentum! Das ist das gleiche Ziel aller! Darum lernt von den Unternehmern! Tut es in der Gewerkschaftsorganisation ihnen gleich! Wer es nicht tut, der versündigt sich an der eigenen proletarischen Klasse und deren Interessen, er wird — ob bewußt oder unbewußt — zum Reaktionär, zum Feind seiner eigenen Klassengenossen!

Darum haltet die gewerkschaftliche Einigkeit hoch und strebt stets nach Vervollkommnung dieser Einigkeit! Erst wenn ihr diese erreicht habt, dann sind eure Organisationen denen der Unternehmer ebenbürtig. Die gleiche Kraft aber ist nötig, um eure Ziele und Zwecke restlos zu verwirklichen. Das beherzigt und betrachtet jeden als Feind, der euch zersplittern möchte, denn er besorgt lediglich die Geschäfte des Unternehmertums.

Kommunisten und Gewerkschaftsbewegung.

(C. V.) Die innere Stärke und Festigkeit der Gewerkschaften hat es bewirkt, daß sie bisher den Anstürmen der Kommunisten, Unionisten und sonstigen Isten widerstehen konnten. Diese benutzen jedoch die jetzigen schlimmen wirtschaftlichen Verhältnisse als immer neuen Agitationsstoff gegen die Gewerkschaften und die von ihnen ins Leben gerufenen Einrichtungen. Der praktische Gewerkschafter kann daher mit seinen Argumenten bei der großen Masse der Arbeitnehmerschaft nicht immer den Anklang finden, der notwendig ist, um das zu begreifen, was ist. Sein Amt ist daher das schwerste, und er muß hierzu einen ungeheuren Idealismus mitbringen, um den Anrempelungen standzuhalten, die gegen ihn und gegen die Gewerkschaften geschleudert werden. Er muß sich bemühen, aus dem Phrasenschwall der heutigen Zeit die Wahrheit herauszufinden und sie der Arbeiterschaft zu übermitteln. Die Erkenntnis der heutigen Wirtschaftslage muß um der Arbeitnehmerschaft selber willen ihr wahrheitsgemäß dargelegt werden. Solange Deutschland nicht selbst über seine Geschicke bestimmt, wird auch politisch die Arbeiterklasse nicht das aus Deutschland machen können, was notwendig wäre, wirtschaftlich betrachtet erst recht nicht. Wenn auch die deutsche Arbeiterklasse in den letzten Wochen dadurch einen Schritt vorwärtsgekommen ist, daß sich die sozialistischen Parteien vereinigt haben, so steht eben noch auf der andern Seite die Kommunistische Partei, die, wenn sie auch in Deutschland niemals einen überragenden Einfluß auf die Arbeiterklasse gewinnen wird, doch deren Verwirrung zuwege bringt.

Im Programmentwurf der KPD., wo unter anderm von den reformistischen Parteien und reformistischen Gewerkschaften die Rede ist, befindet sich folgender Satz: „Das Verhältnis der KP. zu den reformistischen Arbeiterparteien ist deshalb nur Kampf bis zu ihrer vollständigen Ueberwindung!" Das nennt man Einigung! Weiter:

> Die reformistischen Gewerkschaften, in denen die proletarischen Massen gesammelt sind, stehen, wie die zentralistischen und reformistischen Parteien, im Lager der Bourgeoisie; sie verraten die Arbeiterinteressen tagtäglich, indem sie aus Furcht vor dem revolutionären Machtkampf im Interesse des kapitalistischen „Wiederaufbaues" sogar in den einfachsten Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit gegen die Arbeiter mit der Bourgeoisie in Harmonie und Arbeitsgemeinschaft zusammengehen. Diese Massenorganisationen des Proletariats gilt es zu erobern, von der reformistischen Führung zu reinigen und ihre bureaukratische Verknöcherung zu beseitigen durch die Betriebsräte, die die lebendigen und im revolutionären Kampf immer bedeutsamer werdenden neuen Gewerkschaftsorgane sind.

Die „im Lager der Bourgeoisie stehenden" und „die Arbeiterinteressen vertretenden" Gewerkschaften wollen die Herrschaften erobern, um vielleicht das wahr zu machen, was sie den Gewerkschaften böswillig anhängen — siehe Rußland!

Wenn einzelne Gewerkschaften dazu übergehen mußten, Mitglieder auszuschließen, die sich nicht der selbstgeschaffenen Disziplin unterordnen wollten, so ist dieser Zustand zwar bedauerlich, aber nicht zu umgehen. Das beste Beispiel bietet dafür die Kommunistische Partei selber, die jeden aus ihren Reihen ausstößt, der sich nicht der von ihren Instanzen geschaffenen Disziplin unterzuordnen vermag. Unter der Parole: „Nicht raus aus den Gewerkschaften, sondern rein in die Gewerkschaften", versteckt sich etwas, das noch näher beleuchtet werden muß.

Den Schlüssel dafür finden wir, wenn wir den neuerdings abgehaltenen Kongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter sowie die Reichskonferenz der Kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre näher betrachten. Diese beiden Institutionen, die vollständig unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei stehen, verfolgen diese Parole nach ganz bestimmten Gesichtspunkten.

In dem Bericht der „Roten Fahne" über den Unionskongreß wird gesagt, „daß infolge organisatorischer Mängel und finanzieller Schwäche die Union oft bei Kämpfen genötigt ist, eine durchaus nicht revolutionäre Haltung einzunehmen". Nur ganz nebenbei sei die Frage gestellt, seit wann revolutionäre Haltung von organisatorischer und finanzieller Schwäche abhängt. In diesem Satze spiegelt sich die vollständige Haltlosigkeit dieses Organisationsgebildes gegenüber den Gewerkschaften wider. Wir sehen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse auch hier den Weg weisen, den in bestimmten Zeiten jede wirtschaftliche Organisation zu gehen gezwungen ist. Und so sehen wir denn durch diesen Bericht, daß man den Teufel durch Beelzebub austreiben will. In einer der langen Resolutionen mit ihren vielen rrrevolutionären Worten in allen Steigerungen heißt es:

> Die Union der Hand- und Kopfarbeiter verpflichtet sich, jede Arbeit der Opposition zur Revolutionierung der Gewerkschaften mit allen Kräften zu unterstützen. Sie wird im Einvernehmen mit der Partei alles tun, um die revolutionären Elemente in den Gewerkschaften zu halten. Sie erklärt aber ausdrücklich, daß die Frage der Ausgeschlossenen nicht zu einer Zersplitterung der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung führen darf.

Das heißt also mit andern Worten: Man hat die Union geschaffen, um von außen her die Opposition in den Gewerkschaften zu fördern, um diese, wie es heißt, in Gemeinschaft mit der Partei in den Gewerkschaften zu halten. Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeutet dies, daß man mit Hilfe einer neuen Organisation, die organisatorisch und finanziell schwach ist, die alten bewährten Gewerkschaftsorganisationen zerschlagen will. Hieran lehnt sich auch eine Resolution, die von der Reichskonferenz der Kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre in der Unionsfrage angenommen wurde. In deren Absatz 2 heißt es:

> Die Konferenz erklärt die Beschlüsse des Union-Kongresses für eine geeignete Grundlage zur engsten Zusammenarbeit zwischen Union und Gewerkschaftsopposition. Auch erklärt sie sich zu dieser Zusammenarbeit in Form der Arbeitsausschüsse bereit. Wo diese etwa entstehende Differenzen nicht schlichten können, anerkennen auch wir die Entscheidung der RGI. (Roten Gewerkschafts-Internationale).

Im Absatz 3 geht die Resolution sogar so weit, daß es heißt:

> Die Konferenz lehnt die Kritik der Genossen, die nicht gegen schlechte Tendenzen oder Mängel in der Union, sondern gegen diese als solche kämpfen, als unkommunistisch ab.

In dieser Resolution sehen wir zum erstenmal offiziell ausgedrückt die Tendenz der Anhänger der Kommunistischen Partei in bezug auf die Gewerkschaften. Bisher hatte man es sichtlich vermieden, sich so klar auszudrücken. Nunmehr ist es Zeit, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Arbeiterschaft die Augen öffnen über die wahren Absichten der Kommunistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften.

Nur ein Beispiel zur Illustration: Geradezu schmerzhaft berührt es, wenn man die Zerstörungsarbeit der Union im Landarbeiterverband sieht. Diese junge, für die gesamte Arbeiterschaft so besonders wichtige Organisation findet unter den jetzigen Verhältnissen kaum Zeit, an ihren Mitgliedern die Bildungsarbeit zu verrichten, die doch nun einmal notwendig ist, die Landarbeiter zu Kämpfern zu erziehen. Gruppen des Landarbeiterverbandes mit 1500 Mitgliedern, in den die Union ihren Einzug hielt, sind zusammengeschmolzen bis auf 300. Die Union hat von den 1500 ungefähr 400 und 800 sind verschwunden. So wie ein Teil Mitglieder aller Gewerkschaften werden im besondern die Landarbeiter durch die sogenannten revolutionären Worte der Kommunisten aus ihrer jungen Organisation ins Lager des Indifferentismus getrieben.

Soll die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands nicht großen Schaden leiden, der bei der Restaurierung des Kapitalismus diesem nur zugute kommt, dann heißt es jetzt: Augen auf!, denn jetzt hat sich die Kommunistische Partei offen hinter die Organisationszerstörer, die Unionisten, gestellt. Nunmehr kann sie und ihre Presse nicht mehr über Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften heulmeiern. Jeder Arbeitnehmer und jeder von diesen auf einen Vertrauensposten in der Gewerkschaftsbewegung Gestellte hat die Pflicht, zum Wohle der Arbeiterbewegung dieser Strömung mit der ganzen Kraft seines Seins entgegenzuwirken, sei es im Betriebe, im Bureau oder in Versammlungen, mit der Stetigkeit und Festigkeit, die jedem durch die Lehren von Karl Marx gegeben worden ist.

Ein Schlußwort.

Um die Kollegen im Reich nun auch mit dem Endresultat meiner Artikel (Berliner Briefe) bekannt zu machen, muß ich nochmals den „Steinarbeiter" in Anspruch nehmen.

Das Abstimmungsresultat meines Antrages auf Ausschluß H.s können die Kollegen in Nr. 41 unter Versammlungsbericht Berlin nachlesen. Wer es bereits gelesen hat, wird es gewiß mit Kopfschütteln getan haben, denn wenn sich ein jeder Kollege meine Artikel nochmals genau, ohne Voreingenommenheit nach irgendeiner Seite durchliest und dann sich die Tatsache vor Augen hält, daß in allen beiden Versammlungen und auch vor der von der Versammlung eingesetzten Kommission, wo die Anklagen zur Tagesordnung standen, weder der Angeklagte selbst, noch seine Freunde bzw. Parteigenossen den leisesten Versuch machten oder machen konnten, in irgendeiner Form sachlich die vorliegenden Beschuldigungen zu widerlegen, dann wird er einfach das zahlenmäßige Verhältnis bei der Abstimmung nicht verstehen. Da lohnt sich schon die Frage: wie ist es zustande gekommen?

Erstmal waren trotz ausreichender Einladung von den rund 1100 Mitgliedern der Zahlstelle nur die Hälfte anwesend. Es beweist dies wieder, daß sehr vielen Kollegen und vielfach denen, die sich bereits etwas Wind um die Nase wehen ließen, durch die Quertreibereien in den letzten Monaten, der Versammlungsbesuch verleidet ist, während anderseits die zum Teil noch jungen, mit praktischer Erfahrung noch wenig belasteten und von den jahrelangen Kämpfen der Arbeiterschaft noch nicht ermüdeten Anhänger der schönen Geste und Phrase bei diesen Gelegenheiten fast vollzählig erscheinen. Nun wäre das letztere immerhin noch sehr zu begrüßen, denn unsere älteren Kollegen waren in ihren jungen Jahren auch Stürmer und Dränger, wenn sich die heutigen Stürmer und Dränger nur nicht jedesmal durch kurzsichtige Gefühlsduselei verpflichtet fühlten, auch scheinbare Märtyrer innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die zufällig über ein gutes Schauspielertalent verfügen, zu stützen.

Als zweiter Grund für das Abstimmungsverhältnis kann man die bei unseren Kollegen oft anzutreffende Gutmütigkeit in Rechnung stellen, die immer noch hofft, daß auch der größte Schädling in der Arbeiterschaft bekehrt werden könnte, wenn er auch bereits dutzendemal den Gegenbeweis erbracht hat. Dies konnte ich auch nach der Abstimmung in verschiedenen Gesprächen feststellen.

Und als Drittes kommt hinzu, daß H. selbst und seine Freunde es sehr gut verstanden hatten, die ganze Angelegenheit zu einer angeblichen Parteisache zu machen und dadurch eine Reihe Kollegen verleitet wurden, gegen meinen angeblich aus politischen Gründen gestellten Ausschlußantrag zu stimmen. So richtig ich den Standpunkt dieser Kollegen im prinzipiellen Fall anerkenne, so falsch und kurzsichtig haben sie diesesmal gehandelt, weil nach dem vorgebrachten, und ich betone es ausdrücklich nochmals, nach keiner Richtung hin widerlegten oder nur widersprochenen Material, für jeden denkenden Menschen feststehen mußte, daß hier wirklich kein Kommunist als Kommunist, sondern als ein Schädling an der Gewerkschaft und nur als solcher getroffen werden sollte. Daran ändert auch der Artikel des Kollegen Burde nichts. Wer sich auch diesen Artikel nochmal ruhig und ohne Voreingenommenheit durchliest, wird mir bestätigen, daß Kollege B. leider nicht imstande war, meine Briefe richtig zu lesen. Wozu braucht er sonst darauf hinzuweisen, daß H. seiner Zeit KAPD.-Mann war, das steht ja bereits in meinem Briefe drin. Aber eben weil H. angeblich von seiner Partei die Beteiligung an der Demonstration untersagt war, bezweifle ich, daß er von derselben Partei die Zustimmung zur Sonntagsbeschäftigung hatte. Dann schreibt B. davon, ich hätte alle KPD.-Anhänger als „Sorte" bezeichnet, während ich von „einer gewissen Sorte Organisationszerstörern" rede. Es ist also vorteilhafter, wenn man sich, ehe man Zeitung liest, vorher die Augen auswäscht. Sonst ist die ganze Litanei ein Geschimpfe ohne Sinn und Verstand, von dem geringsten Versuch, sachlich meine Beschuldigungen gegen H. zu entkräften, wird beim besten Willen niemand etwas finden, außer vielleicht darin, daß er mir das Recht bestreiten will, zur besseren Charakterisierung H.s auch mal in dessen Vergangenheit zu leuchten. Und da möchte ich mal die Frage stellen: mit welchem Recht kann mir jemand etwas verbieten wollen, wenn er dasselbe für sich in Anspruch nimmt?

Beweis: Vor einiger Zeit, ehe ich die leidige Angelegenheit aufrollen mußte, erschien Kollege Burde in unserem Bureau. Es kommt die Rede auf H. und gibt B. zu verstehen, daß er H. schon lange gern aus der KPD. hätte rausschmeißen lassen, aber ihm fehle das nötige Material und sagt dabei in Zeugengegenwart ungefähr wörtlich folgendes: „Hätte ich nur das Material aus der Kriegsdienstzeit Holzfällers, was der Kontrolleur von der Krankenkasse hat, der mit H. draußen war, dann wäre er schon längst geflogen". Also im Interesse der Partei darf die Vergangenheit aufgedeckt werden, im Interesse der Gewerkschaft nicht! Das verstehe wer kann, ich nicht.

Die Kollegen werden nun nach Vorstehendem sich selbst ein Bild von den Verhältnissen hier in Berlin machen können. Damit aber auch nicht der leiseste Verdacht auftauchen möge, daß ich aus unlauteren Motiven gegen einen Kollegen vorgegangen sei (ev. Auslegung des Abstimmungsverhältnisses), werde ich meine Konsequenzen aus der Abstimmung ziehen und von meinem Posten zurücktreten in dem Bewußtsein, zur Unschädlichmachung eines Parasiten in unserer Organisation beigetragen zu haben. (Redaktion: Ein alter Wahrheitssatz von Hegel sagt: „Die Konsequenz auf die Spitze getrieben, führt zur Inkonsequenz". Das trifft auf vorstehenden Entschluß des Kollegen Nitsche zu; für ihn besteht in der Tat keine Veranlassung, wegen der für den Steinarbeiterverband erledigten Angelegenheit des Steinmetzen Holzfäller, von seiner Funktion zurückzutreten, zumal N. nicht Lokalangestellter von Berlin ist, sondern vom Verbandstag als Gauleiter für den 1. Gau bestätigt wurde, dessen Gebiet über die Grenzen Berlins weit hinausragt.)

Allen Kollegen rufe ich aber zum Schlusse zu: Beteiligt Euch am Gewerkschaftsleben mit derselben Hingabe wie früher, im Interesse Euer selbst und Eurer Nachkommen. Habt aber auch den Mut, wenn es sein muß, Eure offene Meinung als Mann zum Ausdruck zu bringen. Dann wird die Gewerkschaft wie bisher das festeste Bollwerk für Eure Interessen sein.

„Nie kämpft es sich schlecht für Wahrheit und Recht".

Gust. Nitsche.

Bergarbeiter und Wiederaufbau.

Nach der neuen Vereinbarung über die Bergarbeiterlöhne und Ueberschichten im Ruhrgebiet zeigte sich von verschiedenen Seiten eine Stellungnahme gegen die Bergarbeiter und ihre Organisationen. Der Redakteur der Bergarbeiterzeitung Heinrich Limbertz, Mitglied des preußischen Landtags, schreibt in der Zeitschrift für Weltwirtschaft „Der Wiederaufbau": Mit den Lohnerhöhungen war eine Preissteigerung der Kohle in einem bisher nicht gekannten Ausmaß verbunden. Ein großer Teil der Presse berichtete von Bergarbeiterlöhnen in Höhe von 1000 Mark pro Schicht und deshalb war es kein Wunder, daß ein Teil der sogenannten öffentlichen Meinung sich wieder einmal scharf gegen die Urheber dieser Teuerung wandte, auf der anderen Seite wurde Sturm gegen die Bergarbeiterverbände gelaufen, weil sie das Ueberschichtenabkommen vereinbart hatten und diese Agitation hat wochenlange Unruhe im Ruhrgebiet hervorgerufen, und noch Ende September gab es einzelne Gruben, die keine Ueberstunden verfuhren. Reichswirtschaftsminister und Reichsarbeitsminister hätten sich im Juni d. J. die Mühe sparen können, die Bergarbeiter zu einem Ueberschichtenabkommen zu veranlassen. Die Bergarbeiter dächten nicht an ein derartiges Abkommen, bevor nicht die 7-Stunden-Schicht gesetzlich gesichert, die Tätigkeit ihrer Betriebsräte geschützt und der seit 1921 immer wieder hinausgeschobene Abschluß des Mantelvertrages erfolgt sei. Inzwischen sind einige dieser Forderungen ja bereits bewilligt.

Die Kohlennot, vielfach in Verbindung mit den Löhnen der Bergarbeiter gebracht, ist eine Sache für sich, mit Statistiken allein ist es hier nicht getan. Wenn der Bergmann sieht, daß so manches zur Hebung der Förderung auf der Grube geschehen könnte, so sagt er sich: ich soll in der Ueberschicht Kohlen schaffen, wenn eine allseitige Kohlenförderung sabotiert wird? Stillstand und Rücktritt in der Sozialisierungsfrage haben einen nachhaltigen Eindruck auf die Bergarbeiter gemacht. Sie denken nicht an überstürzte Sozialisierung, sie wissen genau, daß die Betriebsräte erst in die Produktion hineinwachsen müssen, aber es ist Tatsache, daß die Mitwirkung der Unternehmer in der Kohlenwirtschaft durchaus nicht ihren berechtigten Ansprüchen genügt. Die Löhne der Bergarbeiter waren am 1. September hinter denen der anderen Arbeiter erheblich zurück. Oft war hier der wirkliche Verdienst, so auch im Baugewerbe erheblich höher als die Stundenlöhne auswiesen, die bei der Hochkonjunktur von 9—10 Stunden ausgezahlt wurden. Eine Folge dieses Verhältnisses war die Abwanderung von ungefähr 25 000 Bergarbeitern in andere Berufe. Während die Arbeiter anderer Berufe wöchentlich den Lohn der vergangenen Woche bekommen, erhalten die Bergarbeiter ihren Septemberlohn am 15. September und am 5. Oktober zu je 30 Prozent, den Rest erst am 25. Oktober. Im März 1922 erhielten die Ruhr-Bergarbeiter eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 19.45 Mark, die gleichzeitige Kohlenpreiserhöhung betrug 106 Mark pro Tonne. Bei der Kohlenpreiserhöhung zum 1. September betrug die Lohnerhöhung knapp 300 Mark und erforderte einen Absatz von 0,555 Tonnen mit 8 Prozent Zuschlag als Erhöhung der Angestellten- und Beamtengehälter eine Preiserhöhung von 572, für Erhöhung der Materialpreise wurden aber nicht wie früher 66⅔ Prozent, etwa 380 Mark, mit angesetzt, sondern 1150 Mark, so daß nun eine auf 36 Mark pro Tonne erhöhte Abgabe für Bergarbeiterheimstätten auf 1746 M. berechnet wurde. Die Bergarbeiter wehren sich mit Recht gegen die Anschauung, die andauernde Preiserhöhung hänge mit der Lohnerhöhung zusammen und fragen weiter: ist eine Preiserhöhung von 2500 Mark bei 300 Mark Lohnerhöhung nötig? Bei neuen Lohnverhandlungen Ende September werden die Bergarbeiter den Nachweis führen, daß eine Lohnerhöhung von 140 bis 150 Mark ohne eine weitere Preiserhöhung möglich ist.

Die Bergbauunternehmer arbeiten systematisch auf die völlige Freigabe der Kohlenwirtschaft hin. Die freie Kohlenwirtschaft wird von der Bergarbeiterschaft nicht begründet werden, wir müssen deshalb zu einem gemeinsamen wirtschaftlichen Aufbau der Kohlenwirtschaft kommen. Die Agitation von linksradikaler Seite kann dem Bergarbeiter manch Berechtigtes sagen. Durch das Abkommen Stinnes-Lubersac werden bestimmte Mengen Reparationskohle durch den Stinnes-Konzern zur Verteilung kommen und es besteht die Hoffnung, daß es gelingt, mit anderen deutschen Gruben, besonders mit sozialen Baubetrieben Verträge abzuschließen. Es ist aber notwendig, darüber hinaus den Bergarbeitern zu zeigen, daß ihre Ueberstundenkohlen einem sozialen Zwecke zugute kommen. Bei der letzten Kohlenpreiserhöhung ist vom Reichskohlenamt ein Antrag der Arbeitnehmer abgelehnt worden, einer Treuhandgesellschaft zur Errichtung von Bergarbeiterwohnungen diejenige Kohlenmenge zur Verfügung zu stellen, die zur Herstellung der von ihr benötigten Baustoffe erforderlich ist, damit sie erfolgreich unerlaubtem Wucher begegnen kann. Damit wäre ein erheblicher Schritt zur Gesundung der Verhältnisse im Bergbau getan. Im Kali-Bergbau wären die Verhandlungen über ein Ueberschichtenabkommen vergeblich, weil die Unternehmer auf einzelne Bedingungen nicht eingehen wollen. Wie wünschenswert die Steigerung in der Kaliindustrie zum Zwecke des Austausches ist, kann man doch den Organisationsvertretern keinen Vorwurf daraus machen, daß sie die noch zur Verfügung stehenden Kräfte erst wieder in die Betriebe aufgenommen haben wollten, um dann über ein Ueberschichtenabkommen zu verhandeln. Die Ablehnung der Arbeitgeber beantworteten sie mit der Ablehnung der Ueberstunden.

Ueber die Notwendigkeit, die Kohlenproduktion zu steigern, braucht hier nichts gesagt zu werden. Die „Rote Fahne" (Nr. 63 vom 13. September) rechnet mit einem Kohlendefizit von 15 Millionen Tonnen, wozu noch 12 Millionen Tonnen Reparationskohlen kommen, so daß die Wenigererzeugung 1921 etwa 27 Millionen Tonnen betragen habe. Da aber die Braunkohlenproduktion im Jahre 1921 von 87 Millionen auf 123 Millionen gestiegen war, wurde der Ausfall von Steinkohlen durch diese Mehrförderung wieder wettgemacht, wenn es auch nicht möglich ist, die minderwertige Braunkohle überall als Steinkohle einzusetzen. Wie die „Rote Fahne" dazu kommt, nur 12 Millionen Tonnen Reparationskohlen zu rechnen, ist völlig unverständlich. Nach den amtlichen Mitteilungen (Koks bei 75 Prozent auf Kohlen umgerechnet) sind an Reparationskohlen geliefert worden 1920 15,6, 1921 18,2 Millionen Tonnen. Wenn es richtig wäre, daß im 1. Halbjahr ca. 3,6 statt 4,5 Millionen ausgeführt worden seien, müßte man natürlich den Bergleuten nachweisen, daß dieser Ausfuhrhandel notwendig sei, um die Preissteigerung zu bekämpfen: warum sollen wir Ueberstunden machen, wenn die Kohlen doch nur zu privatem Nutzen des Unternehmers ins Ausland gehen. Aber auch hier haben wir es mit einer kleinen „Ungeschicklichkeit" der Beweisführung zu tun. Die Ausfuhr der Kohlen gestaltete sich in den Monaten Januar bis Juli 1922 wie folgt:

	Einfuhr Tonnen	Ausfuhr Tonnen
Januar	194 080	752 340
Februar	162 730	669 430
März	284 979	795 200
April	336 921	795 940
Mai	333 704	701 942
Juni	882 790	528 766
Juli	1 539 000	198 000

Nicht nur das 1. Halbjahr, ja sogar für die ersten 7 Monate stimmt so ungefähr die Zahl der „Roten Fahne". Der katastrophale Unterschied der 5 Monate Januar bis Juni fällt sofort bei dieser Einzeldarstellung in die Augen. Während im Mai noch ein Ausfuhrüberschuß von 360 000 Tonnen zu verzeichnen war, so betrug im Juni schon der Einfuhrüberschuß 245 000 Tonnen und wuchs im Juli auf 1 340 400 Tonnen an. Der sogenannte Leistungsrückgang der Bergleute spielt bei dem Streit um die Hebung der Förderung eine große Rolle. Die Kohlenförderung hat noch nicht den Friedensstand erreicht. Man ist leicht geneigt, der Faulheit der Arbeiter schuld zu geben. Man muß natürlich bei Vergleichszahlen über den Vorkriegsstand, wie es Unternehmerzeitschriften vielfach zu tun belieben, die pro Arbeiter der Belegschaft 65—70 Prozent Produktionsleistung errechnet haben, berücksichtigen, daß aus verschiedenen Gründen dieser Vergleich unhaltbar ist. Das Jahr 1913 war ein Jahr der Hochkonjunktur, wo Reparatur- und Vorrichtungsarbeiten nach Möglichkeit vermieden wurden, und die Belegschaft arbeitete in dieser Zeit 1½ Stunden länger. Will man den Bergarbeitern für die Produktionssteigerung interessieren, so ist es notwendig, daß man die Kohlenwirtschaft von den Hemmungen befreit, die jetzt der Erhöhung der Produktion entgegenstehen, erst wenn man das tut, kann man von den Bergleuten friedliches Verständnis für die Notwendigkeit unserer Wirtschaft verlangen.

Einigung zum Heile der Gewerkschaften.

Daß die Vereinigung der SPD. mit der USPD. auch im Interesse der Gewerkschaftsbewegung gelegen ist, wurde bereits von uns zum Ausdruck gebracht. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung, die sich auch in den Gewerkschaften durch die Bildung von Fraktionen bemerkbar gemacht hat, mußte zu einer Schwächung der Stoßkraft auch in den Gewerkschaften führen. Diese Tatsache ist nicht nur von uns festgestellt worden, sie wurde auch von Leuten beobachtet, die uns als Gegner gegenüberstehen. In Nr. 10 des Gewerkvereins, des Zentralorgans des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) wird in einem Artikel „Partei und Gewerkschaften" zu der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien Stellung genommen und u. a. ausgeführt, daß unter der Bildung von Fraktionen in den Gewerkschaften die Stoßkraft der Gewerkschaftsbewegung leiden mußte. „Am schlimmsten wurde es", so heißt es in dem Artikel weiter, „als die Kommunisten auf das Gebot von Moskau hin und zweifellos auch durch russisches Geld gefördert, systematisch mit der Zellenbildung einsetzten und durch ihr radikales Gebaren auch verhältnismäßig starken Anhang fanden. Von einer gemeinsamen Arbeit war nun nicht mehr die Rede. In gegenseitigen Kämpfen wurden die Kräfte zersplittert und ver-

Tägliche Arbeitsleistungen der Gewerkschaftsführer.

Welche vielseitige und geistige Arbeit in der Hauptverwaltung einer größeren Gewerkschaft jeden Tag geleistet werden muß, davon kann sich das einzelne Mitglied kaum eine Vorstellung machen. Manche „radikalen Oppositionsredner" in Versammlungen würden, wenn sie einen Einblick in das Verwaltungsgetriebe eines Hauptbureaus nehmen könnten und wenn es ihnen nur um ehrliche Gewerkschaftsarbeit zu tun ist, manches Wort ungesprochen lassen, das gegen die Gewerkschaftsführer in herabsetzender Art und Weise gerichtet ist. Die aus dem chinesischen Wortschatz stammende Bezeichnung „Bonze" scheint allerdings in letzter Zeit nicht mehr so recht in Mode zu sein; dafür bilden jedoch drastische deutsche Schimpfworte das A und O einer ordentlichen Oppositionsrede . . .

Die Gewerkschaftsleitungen haben heute als Folge der stetig fortschreitenden Teuerung die meiste Arbeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen zu leisten. Während in der Vorkriegszeit Lohnabkommen zum Teil auf fünf Jahre (beispielsweise bei den Buchdruckern) abgeschlossen wurden, ist jetzt ein vierzehntägiger Abschluß schon zu lange. Durch die Vorarbeiten zu den Abschlüssen und durch die Verhandlungen mit den Arbeitgebern bleibt für andere gewerkschaftliche Aufgaben nur wenig Zeit. Und doch dürfen auch diese nicht vernachlässigt werden, denn neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat eine Verbandsleitung ihr Augenmerk auch auf andere Dinge zu richten, die im Bereich der Gewerkschaften liegen und die eine sachgemäße Erledigung erfordern. Ist es doch mit dem Wachsen der Gewerkschaftsbewegung für die Mitglieder eine Selbstverständlichkeit geworden, daß sie in allen tariflichen und wirtschaftlichen (und sehr oft auch in anderen) Fragen sich an ihre Organisation wenden, um Auskunft, Rechtsbelehrung, Beistand usw. zu erhalten.

Dies macht sich bei einer Hauptverwaltung äußerlich durch die Zahl der Posteingänge bemerkbar. Diese nimmt bei großen Gewerkschaften einen Umfang an, daß eine oder gar mehrere Personen allein damit beschäftigt sind, die eingegangenen Briefe usw., deren Zahl an einem Tage mehrere Hunderte beträgt, zu öffnen, sie durchzusehen und den in Frage kommenden Ressorts zuzuteilen. Diese eingegangene Post muß selbstverständlich erledigt werden. Dazu bedarf es bei einem großen Teil der Anfragen, Anträge usw. ausgedehnter Sitzungen, in denen eingehende Beratungen gepflogen werden müssen.

Wie schon erwähnt, ist heute das Gebiet der Lohnbewegungen dasjenige, das die meiste Arbeit und die meiste Zeit erfordert und demzufolge die Vorstandssitzungen zum größten Teil ausfüllt. Da wird von einer Ortsverwaltung die Streikgenehmigung nachgesucht, weil Unternehmer sich weigern, einen abgeschlossenen Tarif oder einen gefällten Schiedsspruch eines Schlichtungsausschusses anzuerkennen. In einem Betriebe ist die Belegschaft ausgesperrt und ein anderer Betrieb ist geschlossen worden, weil Lohnforderungen gestellt werden. Dann folgen Anträge auf Unterstützung usw. Ferner sind Fragen zu erledigen, die die öffentliche Vertretung, Arbeitsgemeinschaft, Reichswirtschaftsrat, Grenzstreitigkeiten und die sonstige Verwaltung betreffen. Das Ergebnis der Sitzungen findet in den nun zu erledigenden Schreiben seinen Niederschlag. Da klappern dann die Schreibmaschinen, die das Diktat fein säuberlich vor dem Auge erstehen lassen.

Seit Schaffung des Betriebsrätegesetzes ist den Gewerkschaften ein weiteres Gebiet zugefallen, so daß lediglich für diese Fragen Sekretariate eingerichtet wurden. Ein Teil der Unternehmer kann sich an die Neuzeit noch immer nicht gewöhnen und möchte den Herrn-im-Hause-Standpunkt beibehalten. So richtet sich der Kampf der Arbeitgeber in erster Linie gegen die Betriebsräte, insonderheit gegen den Betriebsratsobmann, der seiner gesetzlichen Pflicht genügt. Bei einer passenden oder unpassenden Gelegenheit wird versucht, letzteren aus dem Betriebe zu entfernen. Andere Unternehmer versuchen auf alle mögliche Art die Rechte des Betriebsrats zu schmälern. Da wenden sich dann die Betreffenden auskunftheischend an das Betriebsrätesekretariat des Verbandes, um hier Aufklärung über die mannigfachen Betriebsrätefragen zu erhalten.

Jeder Verband gewährt seinen Mitgliedern auch Rechtsschutz, d. h. bei Rechtsstreitfällen der Mitglieder, die aus dem Arbeitsverhältnis erwachsen, wird ihnen auf Kosten des Verbandes ein Rechtsanwalt gestellt. Außerdem wird Belehrung in Arbeiterrechtsfragen erteilt.

Hiermit ist die Tätigkeit eines Verbandsvorstandes jedoch noch lange nicht erschöpft. Seine Mitglieder müssen an den verschiedensten Versammlungen, Kongressen, Konferenzen, an Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft, an Bundesausschußsitzungen usw. teilnehmen, so daß nicht selten, um nirgends eine Lücke entstehen zu lassen, die Nacht zum Tage gemacht werden muß. Ein behagliches Familienleben kann ein im Dienste der Gewerkschaft Stehender kaum führen, und es werden nicht wenig Anforderungen an die Einsicht und den Idealismus der Frauen der Gewerkschaftsangestellten gestellt, damit sie all dem das notwendige Verständnis entgegenbringen.

Das Verantwortlichkeitsgefühl und die aufreibende Tätigkeit der Gewerkschaftsführer bringt es naturgemäß mit sich, daß ein guter Teil Nervenkraft ihm eigen sein muß, wenn sie nicht vorzeitig erliegen sollen. Es ist demnach nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die Mitglieder in ihrer großen Mehrzahl die Tätigkeit ihrer Verbandsleitungen zu würdigen wissen und es nur einem kleinen Häuflein obliegt, alle zum Wohle der Arbeiterschaft geleistete Arbeit in den Dreck zu ziehen.

Fr. Hartung.

Klassenkampf und Ideal.

Ueber dem ganzen Leben der Menschheit steht ein großes Wort und das heißt: Macht. Macht: Gewalt, Kampf, Klassenkampf. Und wenn die Tatsache auch tausendmal bestritten wird: Macht rang um Macht und Klasse kämpfte gegen Klasse, und das alles um nichts anderes als um das kleine, eigene Ich der Selbstsucht und Gier. Wenn sich die einzelnen Ich verbanden, wenn sich der Klassenkampf bildete und später planmäßig organisierte, so geschah das nicht aus einem Gemeinschaftsgedanken heraus, sondern nur aus dem niedrigen Streben des Ich. Das zeigt sich besonders in dieser heutigen verwerflichsten Art des Klassenkampfes, in diesem internationalen Ringen des modernen Großkapitals. Aus den Mächten ward die Macht, das Kapital, das organisierte Kapital, das durch Klassenkampf die niedrigsten Triebe wirtschaftlicher Selbstsucht zu befriedigen sucht. In einer Grausamkeit wie nie kämpft das Kapital seinen Klassenkampf. Je größer die wirtschaftliche Macht, um so mehr wird durch sie das Menschliche zu Boden getreten. Macht gegen Recht: das ist das Motto, das über dem Kampfe geschrieben ist, wie ihn Kapital und Proletariat heute ausfechten.

Auch das Proletariat kämpft damit den Klassenkampf. Wenn drüben eine Klasse kämpft, dann muß eine Klasse dagegen kämpfen, weil sonst der gemeine Egoismus einer Klasse triumphiert. Und doch: welch ein Unterschied zwischen dem Klassenkampf hüben und drüben! Dort der Klassenkampf um das wirtschaftliche Selbst, um die kapitalistische Macht, hier aber soll letzten Endes etwas anderes siegen, ein neuer großer sittlicher Gedanke der Welt. Das Proletariat will selbstverständlich auch sein eigenes wirtschaftliches Recht, aber es will noch mehr. Es hat ein Ziel, eine Idee, ein Ideal: Der Klassenkampf ist ihm die Voraussetzung zum höchsten Menschlichen. Die Macht soll zerschmettert am Boden liegen, damit das Recht siegen kann. Freiheit soll sein und Brüderlichkeit und Gleichheit in der Entfaltung des Menschseins und Liebe als das höchste, durchgeistigste Menschentum.

Und darum bekämpfen wir den Klassenkampf, wie er drüben gekämpft wird, den Klassenkampf als niedrigen, gemeinen Selbstzweck. Er wurde gekämpft, solange die Menschheit besteht, der Klassenkampf, doch beginnt mit dem proletarischen Klassenkampfe eine neue Epoche in der Geschichte. Er steht jetzt im Dienste der Weltidee, er gilt dem sittlichen Prinzip der Menschheit, er wird zur Voraussetzung der Verwirklichung des Ideals, wie es die edelsten Geister aller Zeiten ersehnten. Und wenn sie heute lebten, diese großen, führenden, prophetischen Geister, sie würden alle stehen beim Proletariat und mit ihm den Klassenkampf, diesen Klassenkampf kämpfen als eine sittliche Menschenpflicht.

Reingefallen.*

Ein lahmer Spatz saß mit dem Weibchen
Auf seinem lust'gen Sommerthron,
„Ei, Schatz", meint er, „Dir schwillt Dein Leibchen
Ja, an, als wär's ein Luftballon.
Du wirst ja alle Tage fetter,
Feist wie der Mond glänzt Dein Gesicht;
Da fand ich Dich doch früher netter,
Fürwahr, der Liebe dient das nicht."

Frau Spatz, die hört's, die Tränen rinnen,
Daß bald im Nest das Herrchen schwimmt,
Dann speist sie auf drei Dutzend Spinnen,
Das wirkt; das Männchen fleht und mimt.
„Werd ich auch fett, bin ich auch runder",
Höhnt sie, „noch winkt des Freundes Thron!"
Dann packt sie ein den ganzen Plunder
Und fliegt dem Herrn Gemahl davon.

* Aus dem kürzlich an dieser Stelle besprochenen Erstlingsbuch des Dichters Karl Maertin. Letzterer arbeitet als Steinmetz, ist also Kollege und selbstredend auch Verbandsmitglied. Das Buch kann bezogen werden vom Concordia-Verlag, Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11. Der Preis stellt sich im geschmackvollen festen Einbande auf 100 M., broschiert auf 50 M. Im Hinblick auf die Herstellungskosten ein mäßiger Betrag.

braucht, und zahlreiche ruhige Elemente, die von diesem Treiben angewidert wurden, schieden aus ihrem Verbande aus, suchten anderswo Unterkunft oder verschwanden in dem Heer der Indifferenten. Denn in kundigen Kreisen besteht darüber kein Zweifel, daß die in so erschreckender Weise gestiegene Zahl der Unorganisierten zu einem erheblichen Teil auf die Auseinandersetzungen und inneren Zwistigkeiten in den freien Gewerkschaften zurückzuführen ist."

Mit dieser Meinungsäußerung vergleiche man die Behauptungen der Kommunisten, daß der stellenweise vorgekommene, aber ganz und gar nicht allgemeine Rückgang der Mitgliederzahlen in den freien Gewerkschaften auf die Politik des ADGB. zurückzuführen sei, die den Mitgliedern nicht entschieden genug sei und sie daher mit den freien Gewerkschaften unzufrieden mache. Hier wird den Kommunisten von unvoreingenommener Seite bescheinigt, daß sie mit ihrer Radaupolitik diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die in den Gewerkschaften eine ideale Vereinigung für die Hebung der Arbeiterklasse zu finden glaubten, aus den Gewerkschaften wieder herausgeekelt haben. Dadurch, daß auch die Anhänger der SPD. und der USPD. sich in manchen Fragen feindlich gegenüberstanden und sich bekämpften, wurde den Kommunisten ihr verderbliches Spiel noch erleichtert. Durch die Einigung dürfte es jenen doch erheblich schwerer gemacht werden, ihre Moskauer Methoden mit Erfolg fortzusetzen; die vereinigten Genossen werden hoffentlich nun überall ihre ganze Energie aufbieten, um die ewigen Ruhestörer und Schädlinge der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur Räson zu bringen.

Bemerkenswert ist noch, was das genannte Blatt zu der Eigenbrötelei der Ledebour und Genossen sagt, die die Einigung nicht mitgemacht haben. Das Blatt meint, daß diese Gruppe über kurz oder lang von rechts oder, was noch wahrscheinlicher ist, von links, den Kommunisten, verschlungen werden wird. Dieser Ansicht sind wir auch, und deshalb nehmen wir die stolze Geste des alten Sonderlings und seiner kleinen Gefolgschaft auch nicht tragisch, sondern freuen uns der gelungenen Einigung, die ohne Zweifel auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur Stärkung dienen wird.

Aus den Zahlstellen.

Wildschütz. Am 12. Oktober fand die fällige Quartalsversammlung statt, in der Kassenbericht gegeben und Entlastung erteilt wurde. Ferner lagen 2 Anträge vor, die sich mit der Schreibweise unseres Redakteurs im Fachorgan beschäftigten, der erste Antrag ist eine Beschwerde über den Kollegen Siebold bei der Preßkommission. Der zweite Antrag verlangt vom Zentralvorstand den Ausschluß des Kollegen Siebold aus dem Verbande wegen Schädigung der Verbandsmitglieder. (Zur Aufklärung sei hier bemerkt: die Schädigung wird darin erblickt, weil der Redakteur nicht im Moskauer Sinne schreibt. Redakt.) Beide Anträge gelangten zur Annahme und sind den betreffenden Stellen zugänglich gemacht. Ferner wurde das von den Unternehmern des Wurzener Bezirks gemachte Lohnanerbieten ab 5. Oktober eingehend besprochen und die Unzulänglichkeit dieses Angebots festgestellt. (Der Bericht enthält noch eine recht unsachliche kommunistische Fortsetzung gegen den unparteiischen Schiedsrichter Ministerialrat Haack, die von der Redaktion gestrichen wurde. Die Zahlstelle Wildschütz ist nicht der Verband, sondern nur ein winziger Teil und dieser hat nicht die Vollmacht, Außenstehende im Verbande, die im Auftrage der Regierung Differenzen als Schiedsrichter zu erledigen suchen, im offiziellen Organ unseres Verbandes zu beleidigen. Der Schiedsrichter ist auch nicht Ausführender eines Entscheides, sondern das sind die Unternehmer und Arbeiter, und wenn es da fehlt, liegt es nicht am Schiedsrichter, sondern ganz wo anders! Vielleicht denken die Wildschützer Kollegen einmal darüber nach? — Redakt.)

(A. Schffn.) **Tittling.** Wer nach Tittling kommt und sich die mächtige Kirche betrachtet, der wird feststellen können, daß es hier an Granit nicht mangelt. Der große, vor 30 Jahren aus Granit erbaute Koloß ist somit eine Art Wahrzeichen der Tittlinger Steinindustrie. Bis dahin waren am Ort die Steinbrüche nicht erschlossen. Stundenlang mußten die Steinarbeiter über die Grenzen von Tittling hinaus — nach Namering und weiter — um für 1.30 Mark Tagelohn 10 Stunden und sogar auch 12 Stunden bei Anhörung von unqualifizierten Aeußerungen zu arbeiten. Bittere Not herrschte in den Steinarbeiterfamilien, denn wer leben wollte, der mußte sich auch solchen Anstrengungen unterziehen. Ueber Berg und Tal ging der Weg, um die paar Pfennige Tagesverdienst zu erhalten. Wenn es auch viel gelernte Steinarbeiter in der damaligen Zeit nicht gab, so haben aber doch etwa 30 Prozent der Einwohner sich der Steinbruchsarbeit als Hilfsarbeiter zugewandt; sonst war auch wenig andere Tätigkeit vorhanden und so ist es auch heute noch! Anfang der 90er Jahre wurde die Kirche in Tittling gebaut. Man kam auf den Gedanken, diesen Bau aus Granit herzustellen. Schon öfter war die Feststellung erfolgt, daß Tittling reich sei an Granit. Der Bau konnte somit verbilligt und erleichtert werden. Die ersten Ausgrabungen von Findlingen wurde in der Gegend von Hötzendorf vorgenommen. Nach längerer Suche stellte sich heraus, daß dieses Unternehmen rentabel war. Durch die fortwährenden Ausgrabungen und Suchungen entwickelte sich der erste Steinbruch des Herrn H. in Tittling. Hötzendorf ist somit der Ursprung der Tittlinger Granitindustrie. Die gewaltigen Säulen der Kirche zeigen, daß der Tittlinger Granit blaues, wetterfestes Material ist. Es wurden nach Eröffnung des ersten Betriebes sofort Versuche in Höhenberg gemacht, denn bald stellte sich heraus, daß es lohnenswert sei, die Granitindustrie in Tittling zu erweitern. Den Steinarbeitern, die sonst stundenweit zur Arbeit gehen mußten, war somit Beschäftigung gegeben, aber für wenig Bezahlung. Es wird mir bestätigt, daß damalige Hilfsarbeiter 1.30—1.50 Mark hatten, Akkordarbeiter etwa 2.50 Mark verdienten, bei einer Arbeitszeit bis 12 Stunden. Eine Organisation kannte man damals noch nicht. Ja, man wußte hier gar nicht, daß es so etwas auch gibt. Man kann sich darüber auch nicht wundern, denn im Bayrischen Wald war damals genau so wenig Organisationsgeist wie heute! Die Arbeiter mußten froh sein, was ihnen der Unternehmer gab, Tarife oder sonstige Verträge kannten die Kollegen und die Unternehmer nicht. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts tauchte doch der Gedanke auf, eine Vereinigung zu gründen, um dadurch eine wirtschaftliche Besserung herbeizuführen. Ich habe noch ein altes Plakat aufbewahrt, auf dem es heißt:

„Kameraden! Wenn Ihr wollt, daß Euere Lage verbessert wird und mehr Lohn haben wollt, so kommt in die Versammlung am 2. Januar 1902 im Gasthof „Zur Post" daselbst. Hier bekommt ihr Aufklärung. Der Einberufer Frz. Mr."

Nur wenige traten der Vereinigung bei, den übrigen war der Wochenbeitrag von 20 Pfennig zuviel und so gab es schon die erste Spaltung. Die Konjunktur war damals gut. Die Unternehmer konnten nicht ruhig zusehen, wenn ihnen eine tüchtige Arbeitskraft verloren ging. Das erkannten denn doch die Arbeiter selbst und so kam es dann zur Gründung einer Zahlstelle des Zentralverbandes der Steinarbeiter im Jahre 1903. Freilich waren es auch hier nur verhältnismäßig wenige, die die Vernunft hatten, sich zu organisieren, aber dennoch war der Anfang gemacht. Mit den wenigen Mitgliedern ging es vorwärts, bis endlich dann die Geistlichen das Werk wieder vernichteten! Unorganisiert ging es dann wieder. Im Jahre 1905 gründete man wiederum die Zahlstelle, die bis zum heutigen Tage noch besteht. Dank energischer Mitglieder ist es gelungen, die Zahlstelle hochzuhalten. Manchem Ansturm wurde Trutz geboten. Es kam dann der Weltkrieg, die Zahlstelle schmolz zusammen. Aber dennoch hat sie standgehalten unter besonderer Mitarbeit des bewährten Kollegen Fenzl. Eifrig hat er unter den alten Steinmetzen nach Mitgliedern gesucht, und somit die Erhaltung der Zahlstelle gesichert. Der Krieg war zu Ende. Die Revolution im Jahre 1918 führte die Gewerkschaften vor neue Aufgaben. Freudig traten die heimgekehrten Kollegen wieder an ihre Baubank. Mit neuer Kraft arbeiteten sie im Kampf fürs Dasein. Die Zahlstelle Tittling blühte wieder auf, und wehe dem, der sie zu zersplittern versucht. Heute hat die Zahlstelle 260 Mitglieder. Was einst mit Not und Ausdauer aufgebaut wurde, hat heute blühende Kraft. In Tittling zählen wir tüchtige Gewerkschafter in unseren Reihen. Wenn nun heute versucht wird, unter Eingriff gewissenloser, radikaler Elemente unsere Zahlstelle zu zerstören, so sind es nur solche, die hier ihre Wiege nicht hatten. Kollegen, mißachtet diese Demagogen und kehrt zurück zur Einigkeit! Unter großen Anstrengungen und Strapazen haben wir eine starke Zahlstelle gegründet, und ich habe deshalb diese Schilderung gegeben, um zu zeigen, wie sich früher die Steinhauer haben schinden müssen für ihre Existenz und wie sie die Organisation gestützt haben. Und wenn es auch vielleicht der Fall ist, daß in Tittling künftig zwei Zahlstellen bestehen, so bleibt jener treu, die bisher gewissenhaft und in kollegialer Weise die Interessen der Steinarbeiter vertreten hat, dann wird es nicht fehlen und froh schauen wir der schweren Zeit entgegen!

Ruhmannsfelden. Am 15. Oktober fand unsere Quartalsversammlung mit der Tagesordnung Kassenbericht und Teuerungszulage statt. Kollege Rastl verliest die Abrechnung vom 3. Quartal; es wurde alles in Ordnung befunden. Hierauf erfolgte Entlastung. Zu Punkt 2 teilt Kollege Schneider mit, daß der Verband Bayrischer Hartsteinindustrieller eine Grundlohnerhöhung von 30 Prozent für Pflastersteine und eine Erhöhung der Teuerungszulage auf 6000 Prozent bewilligt hat. Die Kollegen verlangten, diese Abmachung auch beim Verband Niederbayrischer Granitindustrieller zur Annahme zu bringen, da die Sache mit der Kommission, welche die Grundlöhne für Pflastersteine regeln sollte und in Hauzenberg zusammen trat, scheiterte. In einer in Passau am 18. Oktober stattgefundenen Unterhandlung konnte ebenfalls keine Einigung erzielt werden. Die Unternehmer beharrten auf der Grundlohnfestsetzung durch eine Kommission. Noch am gleichen Tage beschlossen die Unternehmer die allgemeine Aussperrung und setzten ihren Beschluß auch gleich in die Tat um. Was also den Unternehmern des Fichtelgebirges und eines Teiles des Bayrischen Waldes möglich ist, das scheint den Herren vom Niederbayrischen Verband unmöglich zu sein. Nun, wir kennen diese Herren: Schneider, Hauchler, Schweizer und wie sie alle heißen, und werden ihre Ruhemstaten, die sie in der Lohn- und Tarifpolitik bisher vollbracht haben, zu würdigen wissen. Sie wollen die Zäsaren des Bayrischen Waldes sein. Für diese Herren ist es eine Machtfrage, nicht bloß gegenüber den Arbeitern, sondern auch gegenüber ihren Standesgenossen, die schon seit Wochen das bezahlen, was unsere Unternehmer nach wochenlangem Verhandeln immer noch zu hintertreiben suchen. Ja sie sind wahrlich Meister im Schieben von Lohnerhöhungen. Man weiß sich zu helfen, man sperrt einfach aus. Den Kollegen in Sachsen mag es ein Trost sein, denn sie haben nur einen Herrn Zachmann, wir im Bayrischen Wald haben derer eine ganze Anzahl und ließen sie sich als Schieberobjekt verwenden, schon längst hätten wir sie nach dem Norden verschoben. (Redaktion: Nein, nicht nach dem Norden, sondern am liebsten dorthin, wo der Pfeffer wächst! In Mitteldeutschland und weiter nach oben haben wir schon genug dieser Herren. Wenn sie abgeschoben würden, ein kriegsstarker Zug käme sicher zusammen.) Für uns gilt nur eins jetzt: aushalten in dem uns aufgezwungenen Kampf und zu zeigen, daß auch wir nicht gewillt sind, uns einer Diktatur zu unterwerfen, wie sie der Verband Niederbayrischer Granitindustrieller zu errichten gesinnt ist.

Sparneck. Am 15. Oktober tagte eine gutbesuchte Versammlung. Es wurde die Abrechnung vom 3. Quartal bekanntgegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt. Weiter wurde beschlossen, nur drei Beitragsklassen zu führen, die sich den Stundenlöhnen anpassen sollen. Weiter beschwerten sich die Kollegen bei der Firma Seifert-Royschzka über deren Verhalten (Wirtschaftsbeihilfe). Im letzten Sommer wurde bei guter Konjunktur allen verheirateten Arbeitern bei der Firma Reul (Sparneck) eine Beihilfe von 500 Mark, fällig am 1. Oktober, zugesprochen und am 1. Oktober ausbezahlt. Anders ist es aber bei der Firma Seifert-Royschzka. Die Firma gab auch ein förmliches Versprechen, als aber die Kollegen am 1. Oktober vorstellig wurden, wurde ihnen von Herrn Seifert erklärt, er habe kein Geld, er habe auch ein solches Versprechen nicht gemacht. Um aber den Kollegen den Herrenstandpunkt klarzumachen, wurde den verheirateten Steinmetzen das vom Polier geschriebene und anerkannte Bossiergeld gekürzt, worauf Herr Seifert durch den Polier noch sagen ließ: „Einen schönen Gruß, und wem es nicht paßt, kann gehen." Aber den Kollegen geschieht zum Teil mit dieser Unternehmerfrechheit recht, denn eine Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter sollte jedem organisierten Arbeiter bei der heutigen Notlage von den Gesellschaften fernhalten, in denen die Herren Unternehmer verkehren. Solange diese Kollegen nicht Geschlossenheit und Einigkeit zeigen, daß sie willens sind, dafür einzustehen, wird der Unternehmer diese Kollegen nicht ernst nehmen. Sie müssen dem Herrn Seifert zurufen: „Wenn die Schwalben wiederkommen, die werden schauen!"

Giersdorf. Unsere Versammlung vom 8. Oktober nahm zunächst den Kassenbericht entgegen und befaßte sich dann mit den neuen Beiträgen. Dem Grundsatze gemäß, „ein Stundenlohn dem Verband", wurden die Beiträge festgesetzt. Doch ging auch dieses nicht so schnell, denn mit einem Stundenlohn von 40—50 Mark bei den heutigen Verhältnissen ist die Stimmung keine besonders gute. Wenn der Verband höhere Löhne nicht erreichen kann, muß er auch mit Beiträgen von 40 bis 50 Mark zufrieden sein. Das war die Meinung der Versammlung. Für den Steinarbeiterverband zu werben, fällt äußerst schwer, wenn unsere Löhne mit denen anderer Berufe verglichen werden. Das Doppelte und mehr wird dort verdient. Zahlen die Gr.-Kunzendorfer Marmorwerke ihren Hilfsarbeitern noch 85 Pf. Grundlohn, so zahlt die Giersdorfer Firma gnädigst 80 Pf. Unverständlich bleibt dabei allerdings die Tatsache, wie man bei solchen Hungerlöhnen von dem „hohen Verdienst" seiner Arbeiter reden kann. Im weiteren Verlauf der Versammlung ging es äußerst lebhaft zu und manches harte Wort fiel über Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Sie reden wohl dauernd von ihrer großen Macht, diese aber niemals anwenden und der maßlosen Verelendung der Arbeiterschaft tatenlos zusehen. Die Versammlung erhöhte noch den Ortszuschlag von 1 auf 5 Mark und gedachte zum Schluß unseres alten Vorsitzenden Karl Wilde, der seine „gutbezahlte" Steinarbeit an den Nagel gehängt hat.

Zur Landtagswahl in Sachsen

am 5. November rüstet die Reaktion mit allen ihr zu Gebote stehenden schäbigen Mitteln der Lüge, der Verleumdung und der Verdrehung. Alle wirtschaftliche Not und politische Bedrängnis wird der bisherigen sozialistischen Mehrheit und der sozialistischen Regierung in Sachsen zugeschoben. Das Hinwegräumen von Schutt und Trümmer aus „glorreicher Zeit", das Entfernen von Staatsbeamten aus sächsischer Justiz und Verwaltung, weil sie offen und heimlich gegen die Republik und gegen jeden Fortschritt intrigieren und wirken, bezeichnet die Reaktion — der bürgerliche Angst-Mischmasch — als Cliquen- und Futterkrippen-Wirtschaft. Der deutschnationale, volksparteiliche, demokratische und zentrumliche Heerhaufen kennt nicht die sozialistischen Ideale unserer Bewegung; er unterstellt ihr dasselbe wie die bürgerlichen Cliquen früher gewirtschaftet, gehandelt und regiert haben. Auf eine höhere Warte können diese Sorte Volksvertreter sich nicht aufschwingen.

Kollegen und Kolleginnen, gebt am 5. November diesen reaktionären Politikern mit Orden, Zylindern und Glacéhandschuhen die Quittung der endgültigen Abwirtschaftung.

Kein Steinarbeiter stehe zurück, kein Angehöriger aus den Familien versäume seine Wahlpflicht. Am 5. November muß die sozialistische Mehrheit siegen. Tue jeder seine Pflicht!

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(27. Oktober.)

(V. W. B.) Das deutsche Volk steht vor sehr schwerwiegenden Entscheidungen. Die Markkatastrophe ergreift nach und nach auch den Warenmarkt und den Beschäftigungsgrad in der Warenherstellung. Die Befürchtungen, denen die deutschen Gewerkschaften in ihren Gedenkschriften für die Konferenz von Genua Ausdruck gegeben haben, erweisen sich nunmehr in vollem Umfange als berechtigt. Die wachsende Mißstimmung im Volke beeinflußt bereits die Verhandlungen der Führer der verschiedenen Parteien mit der Reichsregierung und wenn nicht in letzter Stunde von allen Beteiligten der Wille zu gemeinsamer Wiederaufbauarbeit über die parteipolitische Empfindlichkeit gestellt wird, stehen wir gerade in dem Augenblicke vor einer Regierungskrise, wo die Reparationskommission in Berlin eintrifft, um mit der deutschen Regierung über die Möglichkeiten einer Stabilisierung der Mark zu verhandeln. Wir sind bedroht vom Schicksal Deutsch-Oesterreichs und höchstwahrscheinlich sogar noch von weit schlimmeren Ereignissen. Ein innerpolitisches Chaos wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung unserer wirtschaftlichen und politischen Freiheit. Verschärfen sich jetzt die Gegensätze zwischen den Parteien zum offenen Kampfe, so wird keine Macht der Welt uns vor einem weiteren Eindringen fremder Besatzungstruppen in die deutschen Industriegebiete schützen können. Viel wird davon abhängen, ob die deutsche Arbeiterbevölkerung in dieser schweren Stunde sich entschlossen hinter ihre gewerkschaftlichen und politischen Führer stellt. Russische und auch westeuropäische Agenten treiben sich in großer Zahl in Deutschland herum, um das notleidende Volk zu unüberlegten Schritten aufzuhetzen und bei einem Zusammenbruch im trüben zu fischen. Die Arbeiter und Angestellten müssen bei aller Not der Tatsache eingedenk sein, daß die Vernichtung der Freiheit unserer Wirtschaft gleichbedeutend ist mit der völligen Versklavung unseres Volkes. Industrie und Landwirtschaft sind die Quellen unserer Volkskraft. Gerät die Industrie unter fremdländische Kontrolle, so stehen alle sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer auf dem Spiel. Man übersieht in Deutschland nur zu leicht, daß den jetzt in London und Paris am Ruder befindlichen Kreisen die politische und soziale Freiheit der deutschen Arbeiterschaft ein Dorn im Auge ist. Auch in Italien erhebt der Faszismus drohend sein Haupt und hat die Regierung bereits zum Rücktritt veranlaßt. Von allen Seiten ist Mitteleuropa von der Reaktion bedroht. Unter solchen Umständen gewinnt die Gefahr einer innerpolitischen Krise in Deutschland eine ganz besondere Bedeutung. Das Streben der Arbeiterklasse muß jetzt vor allem darauf gerichtet sein, daß die Kohlenversorgung und der Eisenbahnverkehr, die Beschäftigung in der gewerblichen Warenherstellung und die Lebensmittelversorgung auch nicht einen Augenblick stillstehen. Andernfalls sind unsere Volksmassen, die ohnehin schwer um ihre Existenz kämpfen und nur von der Hand in den Mund leben, sofort dem Hunger, der Kälte und bitterster Not preisgegeben. Der Ernst der augenblicklichen Lage kann gar nicht überschätzt werden.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Oktober. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten der Landesarbeitsämter an die Reichsarbeitsverwaltung hat sich im Laufe des Monats Oktober die schon seit einiger Zeit beobachtete schrittweise Verschlechterung der Arbeitsmarktlage weiter fortgesetzt. Der Rückgang der zur Verfügung stehenden offenen Stellen und die Steigerung der Anzahl der Arbeitsuchenden und Erwerbslosen verstärkten sich in demselben Maße, in dem sich auch die Meldungen von Betriebseinschränkungen, Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen vermehrten. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise ließ dementsprechend wieder merklich nach. Die unverkennbaren Anzeichen einer Verschlechterung zeigt jetzt auch die Arbeitsmarktlage in der Provinz Westfalen, die bisher für fast alle Berufe und Berufszweige noch verhältnismäßig günstig anzusehen war. Dieselbe Erscheinung trat in Oldenburg hervor, wo ebenfalls die Arbeitsmarktlage bisher noch nicht als ungünstig bezeichnet werden konnte. In Schleswig-Holstein machte sich im Gegensatz zu den Vorwochen und abweichend von den Berichten anderer Landesämter ein starkes Ansteigen der weiblichen Arbeitsuchendenziffer bemerkbar. Allgemein entlastete jedoch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft noch immer den Arbeitsmarkt im hohen Grade, ebenso ermöglichte im Rheinlande die Vielgestaltigkeit der Industrie eine leichtere Umstellung der Arbeitskräfte, wodurch die einsetzende Arbeitslosigkeit noch in mäßigen Grenzen gehalten werden konnte. In den landwirtschaftlichen Provinzen des Ostens, besonders in Ostpreußen und Pommern, kam dagegen die rückläufige Entwicklung noch nicht im gleichen Maße wie anderwärts zum Ausdruck; die stellenweise freigewordenen Arbeitskräfte konnten noch von der Landwirtschaft und dem Tiefbaugewerbe aufgenommen werden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus hat sich bisher wenig verändert. Die Zahl der Belegschaft hat sich durch Einstellung ungelernter Kräfte etwas gehoben. Der Bedarf an gelernten Bergleuten bleibt nach wie vor unbefriedigt. Das Angebot an ungelernten Arbeitskräften aus allen Teilen des Reiches hat sehr zugenommen. Die Betriebseinschränkungen und Stillegungen in der Baustoffindustrie nahmen der Jahreszeit entsprechend weiterhin ihren Fortgang. Die Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie wird gekennzeichnet durch eine Zunahme der Betriebseinschränkungen, Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen. Diese werden begründet in erster Linie mit Auftragsmangel, in zweiter Linie mit den Schwierigkeiten der Kohlen- und Rohstoffbeschaffung und den übrigen hemmenden Erscheinungen unserer wirtschaftlichen Notlage. Bei den bisher besonders aufnahmefähigen Werftbetrieben ist in Stettin und einigen Orten der Provinz Schleswig-Holstein bereits eine merkliche Verschlechterung eingetreten, während aus Kiel, Altona, Wilhelmshaven und anderen Plätzen noch über einen befriedigenden Beschäftigungsgrad berichtet wird. Nicht unerhebliche Arbeitseinschränkungen fanden in der Metallindustrie Westfalens und des Rheinlandes statt. Gute Beschäftigungsmöglichkeit bieten noch die optische Industrie, die Uhrenindustrie und die Rechen- und Schreibmaschinenfabriken. In der chemischen Industrie ist die Lage unverändert gut. Im Textilgewerbe zeigt sich bereits überall eine erhebliche Verschlechterung. Die Papierindustrie meldet ebenfalls zahlreiche Arbeitszeitverkürzungen. Stark verschlechtert hat sich die Lage der Lederindustrie und der Gummiwarenfabriken. Im Bekleidungsgewerbe ist die Lage im allgemeinen noch befriedigend. Die Schuhindustrie steht jedoch bereits im Zeichen sinkender Konjunktur.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Die Arbeitsgelegenheit für unsere Kollegen war in den Monaten August und September im allgemeinen zufriedenstellend; dagegen hat seit Mitte Oktober in einer ziemlichen Anzahl Betriebe aller Gesteinsgruppen Kurzarbeit eingesetzt, auch schon Entlassungen sind erfolgt. Nicht immer ist die Veranlassung dieser Einschränkung Auftragmangel, sondern die unsichere Wirtschaftslage, ferner die außerordentliche Markentwertung und die dadurch bewirkte Schwierigkeit der Kapitalsbeschaffung sind zum Teil die Ursachen der Betriebseinschränkungen. Die Witterungsverhältnisse scheinen, soweit die Temperatur in Frage kommt, von den Dollarsprüngen ebenfalls angesteckt zu sein, denn sie eilen der Zeit voraus; gestatten aber dennoch, den Achtstundentag in den offenen Steinbruchsbetrieben voll auszunutzen, wenn nur die Vorsicht einzelner Unternehmer nicht wäre. Die Aussichten sind deshalb für die Beschäftigung in der Steinindustrie nicht günstig und gar mancher von unseren Kollegen sieht mit großer Sorge dem Winter entgegen. Die hungrigen Mäuler in der Familie wollen gestopft werden, Feuerung und warme Kleidung ist ungenügend; es wird des festen Zu-

sammenhaltens der Kollegen bedürfen, unter Wahrung und Bekräftigung der Solidarität, um über die finster drohende Zeit hinwegzukommen.

Ein- und Ausfuhr von Natursteinen, roh und bearbeitet, vom Januar bis August 1922. Einfuhr: Rohe Schieferblöcke, -platten, Dachschiefer: 18 889 Doppelzentner im Werte von 7 804 000 M. Roher Tafelschiefer: 26 236 Doppelzentner im Werte von 15 485 000 M. Ausfuhr: Schiefer: 29 701 Doppelzentner im Werte von 17 419 000 M.

Einfuhr: Alabaster und Marmor, roh: 204 370 Doppelzentner im Werte von 121 633 000 M. Alabaster und Marmor gemahlen: 18 955 Doppelzentner im Werte von 785 000 M. Ausfuhr: Alabaster und Marmor roh, auch gemahlen: 8811 Doppelzentner im Werte von 2 301 000 M.

Einfuhr: Rohblöcke aus Granit und anderen harten Steinen sowie aus Lava; rohe Platten aus diesen Steinen: 59 511 Doppelzentner im Werte von 14 086 000 M. Ausfuhr: Derselben Art: 659 729 Doppelzentner im Werte von 30 577 000 M.

Einfuhr: Rohblöcke und rohe Platten aus Sand- und anderen nicht harten Steinen: 7291 Doppelzentner im Werte von 423 000 M. Ausfuhr: Derselben Art: 29 004 Doppelzentner im Werte von 3 236 000 Mark.

Einfuhr: Findlinge, Schotter, Stücksteine; gemahlene Steine, Diamantpulver, Edelsteingrus: 37 668 Doppelzentner im Werte von 3 255 000 Mark. Ausfuhr: Derselben Art: 7 143 357 Doppelzentner im Werte von 227 138 000 M.

Diese statistischen Unterlagen vom Reichsamt sind zweifellos informierend über den Stand der einzelnen Zweige in der Natursteinindustrie und ihrem Inlandsabsatz. Es wäre äußerst interessant, diesen Ziffern jene der Gesamtproduktion gegenüberstellen zu können, doch das ist nur ein frommer Wunsch, denn sie sind amtlich nicht vorhanden. — Beim Schiefergestein hält sich Ein- und Ausfuhr nicht die Wage; es sind größere Mengen und größere Werte ein- wie ausgeführt. Der größte Prozentsatz von der Ausfuhr wird jedenfalls auf die Griffelindustrie entfallen.

Beim Marmor bekunden die Zahlen den Meistverbrauch der Marmorprodukte im Inlande. Rechnen wir noch die Mengen und Werte hinzu, die aus den deutschen Marmorbrüchen für den Inlandsbedarf gewonnen wurden, dann kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß der Marmorverbrauch im Inlande erheblich sein muß. Er wäre schließlich noch größer, wenn die Kontingentierung des ausländischen Marmors aufgehoben würde und für die Einfuhr, besonders des weißen italienischen Marmors, die Schranken fallen. Eine Empfehlung zur Aufhebung sprechen wir allerdings hiermit noch nicht aus.

Bei anderen Gesteinen, wie Granit, Sandstein usw. überwiegt die Ausfuhr bedeutend. Der Hauptanteil entfällt natürlich auf die Wegebaustoffe, wie Schotter und Stücksteine. Die günstigen Ziffern für diesen Zweig der Natursteinindustrie werden infolge der Sachleistungen für die Reparationszwecke noch mehrere Jahre vorhalten und wenn unsere Kollegen ihren Teil daran auch beanspruchen wollen, dann müssen sie auf dem Posten bleiben.

„Eine Mauer um uns baue . . ." Die Münchner Neuesten Nachrichten vom 17. Oktober 1922 berichten folgendes: „Durch Beschluß des Stadtrates war den Steinmetzmeistern verboten, über den 1. Oktober 1922 hinaus noch fertige oder halbfertige Grabsteine von auswärts zu beziehen. Die Steinmetzmeister haben nun gebeten, daß ihnen der Bezug solcher Grabsteine auch noch weiter gestattet werde. Im Hauptausschuß hob Baudirektor Gräßel hervor, daß die von auswärts bezogenen Grabsteine hauptsächlich Kitsch und Dutzendware sind, die das Bild der Münchner Friedhöfe sehr ungünstig beeinflussen. In den Steinbrüchen Niederbayerns, aus denen die Granitsteine vor allem bezogen werden, seien keine Künstler beschäftigt, die sich mit der Formgestaltung des Granitsteins befassen. Die weitere Zulassung dieser Handelsware müsse letzten Endes das Steinmetzgewerbe selbst schädigen. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß sich im Steinmetzgewerbe zwei Interessentengruppen gegenüberstehen, die eine, die die kunsthandwerkliche Tradition des Münchner Steinmetzgewerbes hochheben will, und die andere, die nur Handelsware verkaufen will, weil sie daran mehr verdient. Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gegen jene der bürgerlichen Parteien den Bezug von fertigen und halbfertigen Grabsteinen von auswärts, die zur Aufstellung auf Münchner Friedhöfen bestimmt sind, mit Wirkung vom 1. Oktober ab zu untersagen. Ein Vermittlungsvorschlag des Friedhofsreferenten, den Steinmetzmeistern noch bis 1. April 1923 die Aufstellung von einem Drittel der Grabsteine zu gestatten, die im September 1920 bezogen werden durften, wurde abgelehnt." Wenn jeder Ort es auch so machen würde, und dann noch ausdehnt auf andere Gewerbe, käme sicher Handel und Industrie recht bald zum Stillstand und die seligen Zeiten der städtischen Zunftwirtschaft wären wieder da. Dieser Münchner Beschluß wird auch nicht gerechtfertigt durch das Verlangen, den Arbeitern am Ort eine Beschäftigung zu sichern. Wir wollen aus naheliegenden Gründen nicht die gegenteilige Auswirkung, die klar auf der Hand liegt, ausmalen, sondern nur klipp und klar aussprechen, daß der Zentralverband der Steinarbeiter im Interesse seiner Gesamtmitgliedschaft solche Kirchturmspolitik nicht gutheißen kann und was ferner da so keck über Kitsch und Dutzendware gesagt wurde in Verbindung mit den Münchner Friedhöfen, könnte auch von anderer Seite beleuchtet werden. Man braucht nur die Grabmale auf dem Münchner Waldfriedhof einmal näher zu besprechen, die fast alle in ihren Auswüchsen in München selbst hergestellt wurden. Das würde dann sicherlich eine Streitfrage werden über künstlerischen Geschmack und Formgestaltung. Es liegt durchaus nicht im Interesse des Steinmetzgewerbes, wenn eine Stadt durch ihre maßgebenden und ausschlaggebenden Vertreter durchblicken läßt, das Kunstverständnis in Erbpacht zu haben. Für die Kulturentwicklung der betreffenden Stadt, soweit die Erzeugnisse der Natursteinindustrie dabei in Betracht kommen, könnte sich diese Selbstüberhebung, die einer rückläufigen Entwicklung verteufelt ähnlich sieht, noch einmal bitter rächen.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden hat dem Reichstag eine Eingabe unterbreitet, worin gegen die Einbeziehung der Betriebe als „knappschaftliche Betriebe" protestiert wird, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe „bergmännisch gewonnen werden". Für die Industrie der Steine und Erden, auch für die darin beschäftigten Arbeiter würde es zu den schwersten Unzuträglichkeiten führen. — Wir kommen zu gegebener Zeit auf die Angelegenheit noch zu sprechen.

Gewerkschaftliches. Ablehnung des Anschlusses an den Baugewerksbund im Dachdeckerverband. Der Zentralverband der Dachdecker hat in der Zeit vom 16. bis zum 24. September eine Urabstimmung über den Anschluß an den Baugewerksbund stattfinden lassen. Obgleich das Verbandsorgan seit Monaten für die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund eintrat und obgleich schon auf mehreren Verbandstagen die Stimmung der Delegierten für den Anschluß an den Baugewerksbund war, haben die Mitglieder bei der Abstimmung den Anschluß abgelehnt. Von rund 13 000 Angehörigen des Dachdeckerverbandes haben allerdings nur 7105 = 55 v. H. von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Davon stimmten 3173 für den Anschluß, 3910 dagegen; der Rest der Stimmen war ungültig. Da noch nicht einmal eine einfache Mehrheit zustandegekommen ist, sondern die Stimmen, die gegen den Anschluß abgegeben worden sind, überwiegen, so ist vorläufig noch mit einer großen Gegnerschaft der Verschmelzung im Dachdeckerverband zu rechnen. Bemerkenswert an der Abstimmung ist, daß der größte Teil der kommunistischen Mitglieder mit Nein gestimmt hat und eine große Zahl deshalb gegen den Anschluß stimmte, weil noch eine Anzahl baugewerklicher Berufe, darunter besonders die Zimmerer, nicht mit in den neuen Bund gehen, nach Ansicht dieser Kollegen der Baugewerksbund also nicht das sei, was sie sich immer darunter vorgestellt haben.

Der Verband sozialer Baubetriebe erhöht sein Stammkapital. In der Gesellschaftsversammlung des Verbandes sozialer Baubetriebe am 17. Oktober wurde das Stammkapital dieses Verbandes von 7 600 000 Mark auf 25 Millionen Mark erhöht. Von dem neuen Stammkapital übernahm der Deutsche Bauarbeiterverband aus seinen Sozialisierungsbeiträgen 12 829 000 Mark, der Verband der Bergarbeiter 1 200 000 Mark, der Fabrikarbeiterverband 1 000 000 Mark, der Holzarbeiterverband 900 000 Mark, der Transportarbeiterverband 500 000 Mark, der Verband der Maler 310 000 Mark, der Zentralverband der Zimmerer 200 000 Mark, der Zentralverband der Dachdecker und der Bund der technischen Angestellten und Beamten je 100 000 Mark. Der Rest wurde von den Verbänden der Maschinisten und Heizer, Sattler und Tapezierer, Steinarbeiter, Töpfer, Steinsetzer, dem Deutschen Polierbund und einigen Bauhüttenbetriebsverbänden aufgebracht. Weitere Mittel im Betrage von mehreren Millionen Mark sind bereits jetzt auf die nächste Stammkapitalserhöhung gezeichnet und mehrere Gewerkschaften haben die Zeichnung beträchtlicher Summen in Aussicht gestellt.

Ermäßigung der Einkommensteuer. Auf Anregung des Vorstandes des ADGB. ist dem Reichstag eine Novelle zum Einkommensteuergesetz in der Form eines Initiativantrages des Abg. Müller-Franken und seiner Fraktion zugegangen. Der Einkommensteuertarif soll danach folgendermaßen festgesetzt werden:

Für die ersten 300 000 Mark des steuerbaren Einkommens 10 v. H., für weitere 200 000 Mark 15 v. H., für weitere 250 000 Mark 25 v. H., für weitere 500 000 Mark 30 v. H., für weitere 500 000 Mark 35 v. H. Weiter in Staffeln von je 500 000 Mark mit Steuersätzen von 40, 45, 50, 55 und 60 v. H.

Bei der Lohnsteuer soll nach dem Antrage in Zukunft der Abzug betragen: für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich 160 Mark, für jedes Kind 320 Mark, für die Werbungskosten 450 Mark.

Der neue Tarif soll bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 Anwendung finden; die Neuregelung der Abzüge bei der Lohnsteuer soll nach dem Entwurf am 1. November in Kraft treten.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 21. September bis 22. Oktober 1922.

Metten 5000.—, Osterode 3000.—, Homberg 4000.—, Grimma 35 000.—, Anspach 60.—, Waldkirchen 60.—, Singen 300.—, Finsterwalde 300.—, Eckernförde 310.—, Gießen 344.—, Rottewitz 44.—, Solingen 1710.—, Randersacker 5000.—, Odersbach 2000.—, Mannheim 10 000.—, Kirchenlamitz 16 000.—, Hemsbach 20 000.—, Bobenhausen 4963.40, Bremen 10 000.—, Adelebsen 12 000.—, Annerod 60.—, Oelpe 4.—, Bitterfeld Jnf. 50.75, Häslich 9000.—, Kl.-Steinheim 5000.—, Saalfeld 2000.—, Riesa 8000.—, Steeden 5000.—, Hunswinkel 1840.—, Greiffenberg 3000.—, Altendorf 333.80, Alvensleben 4000.—, Altenhain 30 000.—, Obereschenbach 2492.50, Cöln Jnf. 181.50, Neurode Jnf. 55.75, Leutkirch 607.—, Oberneukirch 90.—, Lausick 517.—, Neureichenau 195.—, Altendiez 7000.—, Marxsein 3732.80, Stettin 9000.—, Wiesbaden 7080.—, Schönbach 12 000.—, Kamenz 50 000.—, Aunkirchen 18 165.—, Osnabrück Jnf. 60.75, Stendal 4.—, Weiterdingen 60.—, Leipzig 12 000.—, Tiefenstein Jnf. 258.—, Eberbach Bd. 253.—, Villmar 29.—, Rotenburg (Hann.) 300.—, Marienburg 85.—, Eisenberg 264.—, Nienburg 1021.—, Markneukirchen 377.—, Forst 624.—, Göttingen Jnf. 60.75, Wefensleben 97.75, Gemünden (Dillkr.) 1200.—, Freudenstein 60.—, Eschbach 1946.10, Weinböhla 175.—, Müncheberg 377.—, Braunschweig 8000.—, Beilstein 4560.—, Dossenheim 5000.—, Grünsfeld 20 000.—, Hasserode 11 800.—, Karlsruhe 20 000.—, Neustettin 2176.20, Niederlinda 10 000.—, Raumünzach 8000.—, Wildschütz 15 000.—, Mülheim 4182.20, Bunzlau 15 000.—, Züllichau 400.—, Thüngen 68.—, Landstuhl 365.—, Döbeln 60.—, Martinlamitz 45.—, Driedorf 5000.—, Ebersbach i. Sa. 4220.30, Ebergöns 4000.—, Hemsbach 40 000.—, Homberg 5000.—, Langenaubach 3060.—, Lahr 5000.—, Lausick 49.—, Finsterwalde 122.—, Annaberg 694.—, Häslich 12 000.—, Freudenberg 2082.50, Heidingsfeld 10.—, Wahnitz 1572.80, Algiersbach Jnf. 73.75, Vieselbach Jnf. 31.50, Schmalkalden Jnf. 156.50, Treffurt 4232.40, Pilgramsreuth 2300.—, Lauterbach 7000.—, Erfurt 9000.—, Mylau 137.—, Oelsnitz 356.—, Wiesensteig 169.—, Hoyerswerda 185.—, Mölln 473.—, Prettin 300.—, Kochel a. See 417.—, Böckingen 806.—, Schmölln 330.—, Fallersleben 587.—, Tangermünde 175.—, Langendiebach 403.—, Walsrode 465.—, Gaising 5828.20, Kaiserslautern 16 000.—, Schreiberhau 3856.40, Stade 3867.80, Steinach 20 000.—, Treffurt 433.—, Stralsund 435.60, Ortenberg Jnf. 90.75, Auerbach 85.—, Rendsburg Jnf. 45.50, Oerlinghausen Jnf. 150.50, Velpke 1103.20, Hirschberg Jnf. 33.50, Diethensdorf Jnf. 31.50, Kiel Jnf. 45.50, Ströbel 20 000.—, Rottenbauer 6000.—, Obermörlen 4629.50, Klipphausen 2332.60, Königsbrück 20 000.—, Hemsbach 50 000.—, Gleichamberg 6671.20, Gotha 6492.10, Gera 5691.20, Feldberg 12 180.10, Cassel 15 367.60, Crawinkel 500.—, Bischofsheim 3777.—, Altwarthau 10 000.—, Emmerich 285.—, Arnswalde 247.—, Riedlingen 864.—, Pausa 200.—, Nonnenbach 179.—, Kiel-Garden 332.—, Dobrilugk 250.—, Kl.-Räschen 240.—, Anspach 4690.80, Breitenborn 10 000.—, Dramburg 3017.10, Elgershausen 16 000.—, Lichtenfels 1932.—, Schleiz 1526.60, Tiefenstein 4181.40, Wildemann 7327.70, Polzin Jnf. 59.—, Sandhübel Jnf. 35.—, Wunsiedel 6727.—, W.-Eschenbach 1696.50, Wiegersdorf 4876.40, Saalburg 8032.—, Rottenbauer 1160.60, Neustadt 5598.60, Miltenberg 2096.—, Liegnitz 4338.10, Königswalde 12 926.—, Königsberg 2291.10, Contwig 1237.—, Annerod 2244.80, Bad Aibling 1311.80, Wittendorf 242.—, Demitz 100 092.—, Halle 56.—, Hameln Jnf. 50.—, Alvensleben 2356.60, Brambach 4248.—, Eibelstadt 5000.—, Frankfurt 29 844.90, Goldberg 11 955.10, Kraftsdorf 4831.30, Kaltennordheim 16 847.20, Langensalza 9173.50, Mühlhausen 9000.—, Magdeburg 7603.90, Niklashausen 5379.60, Rentzschmühle 4758.20, Reichenberg 11 129.—, Sproitz 10 601.60, Theuma 3182.10, Thomasberg 8052.50, Wellendingen 125.—, Groitzsch 433.—, Lausick 490.—, Glatz 248.—, Aub 324.—, Willmenrod 7247.—, Würzburg 11 356.70, Westerode 18 000.—, Winterhausen 18 000.—, Selb 9178.50, Regensburg 4383.—, Plauen 5247.20, Penig 5599.60, Oschatz 9057.—, Niederbreisig 3233.—, Neumark 4917.40, Marktleuthen 15 793.50, Mannheim 4149.10, Mülheim 4000.—, Langenberg 5121.—, Königshain 26 712.10, Hochwegen 7246.20, Haslach 8422.80, Hohburg 371.—, Greiffenberg 3000.—, Giersdorf 10 861.40, Eichstädt 725.—, Dillingen 1959.—, Cöthen 1789.20, Baumholder 1137.—, Berbersdorf 14 897.30, Bad Aibling 1450.—, Altleiningen 2220.40, Herborn Jnf. 33.50, Münster Jnf. 81.60, Häslicht (B. V.) 300.—, Berlin Jnf. 75.75, Crottendorf 9461.20, Dresden-Pirna 176 161.55, Duisburg 8888.20, Düsseldorf 9558.10, Darmstadt 7985.90, Herzogswaldau 3897.50, Halle 13 805.60, Hohenleuben 16 014.60, Herdecke 2471.75, Kl.-Steinheim 3676.50, Langenaltheim 10 109.70, Mauer 6501.80, Paderborn 3746.—, Rostock 22 060.10, Riesa 3286.—, Roth a. S. 1597.90, Schopfloch 2427.50, Treuen 15 196.60, Wurzen 17 706.—, Waldkirchen 7779.55, Reichenbach 810.—, Königswusterhausen 220.—, Theinheim 126.—, Torgau 451.—, Forst i. L. Jnf. 166.—, Würzburg 75.—, Weißenstadt 38 027.—, Wüstegiersdorf 10 030.40, Viechtach 2479.70, Vierath 4080.—, Waren 1149.70, Weiterdingen 3991.—, Warstein 5587.60, Stuttgart 7643.90, Saasen 1549.20, Sprockhövel 4052.20, Rinderbügen 17 211.80, Randersacker 2608.70, Reinersreuth 3403.90, Raumünzach 1627.—, Quedborn 2044.20, Ober-Bessingen 2477.—, Oberdachstetten 2095.—, Osnabrück 12 128.30, Niederramstadt 13 874.40, Nordheim 2890.40, Lottar 3825.—, Lauterecken 32 649.60, Lutter 6689.40, Kirchenlamitz 16 199.40, Geising 28.50, Geyer 5807.—, Gr.-Kunzendorf 21 477.80, Edenstetten 4658.80, Emden 2142.80, Düdelsheim 10 729.50, Bedheim 2051.20, Breslau 16 022.90, Allendorf 7545.80, Albersweiler 17 549.80, Förtschendorf 7.—, Ückermünde Jnf. 59.50, Alsenz 10 609.60, Altengronau 1195.40, Blombacherbach 10 963.—, Blauberg 13 918.—, Blaibach 3862.60, Derdingen 7272.80, Erfurt 932.90, Häslich 42 000.—, Heckholzhausen 15 771.—, Haschbach 25 000.—, Karlsruhe 10 278.—, Kleingladenbach 2360.—, Ochsenburg 5629.20, Saalfeld 113.—, Painten 3237.20, Quentel 2922.40, Sulzfeld 7001.—, Sparneck 7297.20, Solnhofen 12 159.15, Tuntschendorf 3689.20, Triebendorf 5060.40, Velpke 1260.80, Wildschütz 10 222.—, Wetzlar 15 384.80, Gifhorn 310.—, Drebkau 465.—, Haßlberg 688.—, Braunschweig E. 250.—, Lörrach 500.—, Landsberg a. W. Jnf. 75.50, Ludwigshafen Jnf. 51.—, Weißenfels 6981.60, Waldenburg 4133.55. Trossenfurt 3889.40, Schirgiswalde 4381.60, Seussen 23 198.85, Seebach 9448.50, Rauenberg 4300.20, Rattenberg 3070.60, Osterode 2066.60, Neustadt 2186.—, Münster 3618.—, Meißen I 27 501.50, Ludwigshafen 11 949.60, Lauban 23 131.90, Kiefersfelden 14 102.30, Kaiserslautern 9396.30, Halberstadt 2964.—, Hockenau 9944.80, Großheubach 14 102.40, Görlitz 9338.50, Eberhardsreuth 4802.70, Dürkheim 6073.60, Lützen 635.—, Vorbrück 8.—, Dippoldiswalde 387.—, Duisburg Jnf. 161.75, Bochum 3310.40, Büchlberg 20 644.—, Crailsheim 13 296.90, Danzig 3787.—, Dessau 2178.80, Geilnau 29 258.10, Groschlattengrün 2511.—, Gundelsheim 4738.—, Haslach 3142.60, Lüneburg 2020.—, Neubau 7463.—, Neustift 6057.40, Parchim 11 551.40, Roßdorf 11 379.50, Schwabenried 1802.80, Steinach 3234.—, Wrexen 3396.—, Weißenburg 8224.20, Walheim 14 641.20, Wenig-Rackwitz 12 025.60, Tittling 23 000.—, Taucha 12 524.50, Stettin 6333.50, Sinzig 11 310.50, Rupbach 7490.—, Oberwiddersheim 7220.—, Oberwiesen 3350.—, Mühlhausen 1306.—, Löbau 70 000.—, Kindisch 27 779.10, Kamenz 64 473.60, Königsberg 13 889.—, Jena 4992.40, Hammelbach 4911.60, Hannover 20 023.50, Gmünden 3410.40, Greiffenberg 5000.—, Einbeck 4243.80, Dietesheim 2919.40, Coburg 4127.—, Chemnitz 21 918.20, Burgstädt 21 607.90, Berzhahn 10 084.60, Braunlage 15 498.80, Asbach 18 047.10, Wohlau (Ab.) 18.—, Arnstadt 951.40, Neuruppin 1248.—, Einbeck 67.—, Lollar 24.—, Altenhain 23 399.70, Cöln 1.50, Greußen 400.—, Braunschweig 6723.80, Bruckmühl 4177.60, Eidengesäß 3496.80, Freyburg a. U. 6263.60, Greiz 1988.60, Hildesheim 6969.20, Hof 2716.—, Jannowitz 14 998.—, Kelheim 12 571.—, Meißen II 1071.20, Metten 7908.—, Niederlamitz 18 377.60, Oberdorla 6924.50, Rinchnach 7404.40, Werder 1691.40, Wriezen 200.—, Dobrilugk 458.— und 478.—, Neureichenau 845.—, Zeil 54 678.70, Zapfendorf 558.80, Wirsberg 8417.30, Wechselburg 50.—, Ueberlingen 2404.40, Tittling 7300.—, Trier 6845.20, Tröstau 22 205.—, Schraudenbach 4375.15, Winterhausen 1546.—, Siedelsbrunn 7990.—, Obernheim 8292.80, Odersbach 1952.10, Ostritz 3930.—, Oldenburg 8332.—, Mayen 100 203.50, Mühlbach 10 156.30, Maulbronn 7000.—, Letmathe 870.—, Lippe 8284.—, Löwenberg 6339.—, Lübeck 5955.—, Steinwiesen 8902.15, Köditz 3681.40, Kirchberg 46 846.90, Hohenlimburg 145.30, Göttingen 5809.80, Grimma 18 245.—, Grünberg 1141.40, Fürstenstein 61 326.70, Elberfeld 2036.80, Ehringsdorf 4206.40, Dornreichenbach 19 715.75, Cöln I 16 748.10, Carlshafen 15 894.—, Bischofsgrün 5975.—, Beilstein 7666.90, Bunzlau 3570.78, Bollensan Jnf. 14.—, Lörrach Jnf. 219.75, Königsbrück Jnf. 33.50, Demitz 100 000.—, Nördlingen 2504.—, Flöha 2530.40, Brieg 4510.20, Beucha 43 874.20, Fürstenwald 9223.90, Fürsteneck 16 391.30, Hamburg 47 978.10, Hoffeld 4953.—, Kiel 14 431.80, Löbejün 13 022.80, Linz 15 146.20, Medenbach 12 663.50, Mainz 18 211.60, Naumburg 4246.60, Nienstädt 15 056.70, Neanderthal 60.—, Rühle 7954.20, Schupbach 26 450.70, Treuchtlingen 7723.10, Uckerath 5509.60, Villmar 10 094.—, Cöln Jnf. 50.75, Weilers 4867.20, Westhofen 2514.—, Ströbel 14 542.85, Speyer 1675.60, Roßbach 10 449.40, Obermendig 29 797.50, Oberpeilau 10 829.25, Lütschenbach 23 929.60, Kringel 10 223.20, Krickenbach 14 058.—, Kasbach 4395.20, Hasenthal 7986.10, Girlachsdorf 6295.—, Frickenhausen 9525.80, Deidesheim 9001.60, Bedesbach 15 668.—, Bunzlau 861.80, Bützow 640.40, Aunkirchen 8290.40, Altendiez 18 266.—, Altwarthau 327.—, Barth 430.—, Herzogswaldau 100.—, Baalsdorf 260.—, Brandenburg 2617.80, Bielefeld 5598.80, Droyßig 1376.—, Eudenbach 12 233.90, Hornberg 8428.—, Heidingsfeld 11 257.20, Homberg 5183.—, Landsberg 3568.20, Neusorg 6284.—, Reistenhausen 6635.40, Spechtsbrunn 4143.20, Schmiedeberg 1038.—, Schönbach 15 150.50, Tuntschendorf 256.—, Ulm 18 625.90, Uelzen Jnf. 33.50, Halle Jnf. 161.—, Altenhagen Jnf. 211.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mit den Mitgliedern ein schnelleres Aufrücken in die höheren Unterstützungsklassen zu ermöglichen, können Uebertritte der Zahlstellen in höhere Beitragsklassen nunmehr monatlich erfolgen. Zum Bezuge der höheren Unterstützungssätze bleibt die dreimonatige Karenzzeit bestehen.

Auf Antrag der Zahlstelle Magdeburg wurde wegen Schädigung der Verbandsinteressen der Steinmetz Friedrich Buchmann und auf Antrag der Zahlstelle Berlin wegen Streikbruchs der Bildhauer Wilhelm Krell ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Langensalza. Kollegen, die beabsichtigen, hier am Ort Arbeit anzunehmen, erkundigen sich **vorher** beim Vorsitzenden Franz Wolf, Mauergasse 13.

Adressenänderungen.

1. Gau.

Stettin. Vors.: K. Ullbrich, Turnerstr. 16, Mths. ptr.

2. Gau.

Girlachsdorf. Kass.: Albert Pustal, Guhlau, Post Nimptsch.

7. Gau.

Förtschendorf (Oberfr.). Vors. u. Kass.: Jos. Martin, Nr. 39.

Tittling. Vors.: Max Baumgartner.

Weidenberg. Vors.: Michael Engelbrecht, Nr. 121. Kass.: Georg Preis, Nr. 27.

8. Gau.

Altengronau. Vors.: Konrad Butte, Nr. 28.

Eichstätt. Vors. u. Kass.: Georg Hofbeck, Marienstein Nr. 5.

Uebermatzhofen (Post Poppenheim). Vors.: Heinr. Schorr. Kass.: Karl Hahn.

9. Gau.

Bechlingen (Kr. Wetzlar). Vors.: Wilhelm Bechthold, Launsbach. Kass.: Louis Müller, Bechlingen.

Buchenau (Kr. Biedenkopf, Hessen). Vors.: Otto Ohl. Kass.: Ludwig Hayden, An der Bahn.

Anzeigen

Berlin.

Montag, den 6. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Sitzung der Betriebsräte, Obleute u. Vorstandsmitglieder.

Freitag, den 10. November, abends 6,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)

Versammlung aller Branchen.

Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung, 2. Neubildung der Sektionen, 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Ziegler's Schriftenzeichnerei
Gießen (Hessen), Licher Straße 37
Jeder kann Schrift zeichnen nach meiner Methode ohne Unterricht. Voreinsendung 400 Mark.

Schriftmaler auf Granit u. Sandstein, perfekt im Zeichnen, wird per sofort nach Swinemünde gesucht. Meldungen an Stettiner Steinindustrie Akt.-Ges. Stettin.

Marmorschleifer für dauernde Arbeit gesucht.
Steinwerke Heinrich Hauth, Duisburg, Kremerstraße 7.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Wurzen** am 10. Oktober der Brecher **Hermann Gaudlitz,** 55 Jahre alt, Nervenleiden.

In **Schwarzenbach** am 12. Oktober der Schleifer **Johann Kofer,** 58 Jahre alt, Leberschrumpfung.

In **Striegau** am 14. Oktober der Granitsteinmetz **Paul Schrottke,** 50 Jahre alt, Lungenentzündung; am 16. Oktober verunglückte tödlich im Berufe der Brecher **Paul Muller,** 31 Jahre alt.

In **Treuchtlingen** am 18. Oktober der Steinmetz **Andreas Fleick,** 32 Jahre alt, Malaria.

In **Berlin** am 23. Oktober der Schleifer **Albert Thiemert,** 54 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Karlsruhe** am 24. Oktober der Granitsteinmetz **Johann Ortali,** 65 Jahre alt, Leber- und Gallenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.